

Kommunale Verantwortung für die große Transformation*

Die große Frage der Zukunft liegt auf der Hand, wenn wir uns die Welt als Ganzes ansehen. Die Weltbevölkerung wird von derzeit über 7 Mrd. Menschen bis 2050 auf etwa 9,5 Mrd. wachsen. Allein auf unserem Nachbar-kontinent Afrika werden dann über 2,5 Mrd. Menschen leben – doppelt so viel wie heute und damit doppelt so viele, die Ausbildung, Arbeit, Perspektiven brauchen.

Aber schon heute sterben zehntausende Kinder unter fünf Jahren täglich, die allermeisten an vermeidbaren Krankheiten und schon heute haben hunderte Millionen Menschen keinen Zugang zu sauberem Wasser. Wie sollen zehn Milliarden Menschen versorgt werden, sodass alle ein Leben in Würde führen können, wenn wir das heute schon nicht schaffen?

Eine Antwort ist eindeutig: Die armen Länder brauchen ein starkes Wirtschaftswachstum, sodass dort mehr Straßen, Schulen, Krankenhäuser, Kraftwerke gebaut werden, sodass modernes Wirtschaften und Wertschöpfung und damit Arbeitsplätze entstehen. Diese Antwort hat aber einen Haken.

„Wir brauchen einen Kulturwandel in unserer Afrikapolitik. Er muss den historischen Umbrüchen auf dem Kontinent Rechnung tragen und dessen globale Bedeutung endlich ernst nehmen.“ (Horst Köhler)

Denn das Wirtschaftsmodell bei uns, in den reichen Ländern des Globalen Nordens, das uns ein historisch nie da gewesenes Maß an Wohlstand beschert hat, geht zurzeit damit einher, dass es sich mehr nimmt, als ihm zusteht. 20 % der Weltbevölkerung verbrauchen 80 % der Ressourcen. Das heißt, wenn alle Menschen so konsumieren und produzieren würden wie wir in den Industrieländern, dann bräuchten wir mehrere Planeten in Reserve. Der Klimawandel ist deutlichster Ausdruck dafür. Die bittere Wahrheit ist, dass wir unseren Wohlstand auf Pump aufgebaut haben – und das eben nicht nur in ökonomischer, sondern auch in ökologischer Sicht. Und der Kredit, den wir aufgenommen haben, er läuft so langsam aus.

Die Alternative ist eine große Transformation von Wirtschaft und Gesellschaft – eine Transformation, die der gegenseitigen Ab-

Von Prof. Dr. Horst Köhler, Berlin

hängigkeit allen Geschehens auf der Erde Rechnung trägt. Ihr Ziel: allen Menschen ein Leben in Würde zu ermöglichen, ohne den Planeten dabei zu zerstören.

„Wir können die große Transformation und den verantwortungsvollen Umgang mit den Ressourcen der Welt zur neuen Geschichte Europas machen.“ (Horst Köhler)

Im Jahr 2015 hat die internationale Staatengemeinschaft zwei große Beschlüsse gefasst, die den Rahmen für eine solche Transformation beschreiben: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen und das Klimaabkommen von Paris. Beide Beschlüsse benennen Veränderungsbedarf in den Industrieländern wie in den Entwicklungsländern. Also auch bei uns. Dazu gehört zwingend, dass wir unsere Wirtschaft von der Abhängigkeit von fossilen Ressourcen, vor allem vom Öl, lösen und viel weniger Treibhausgase ausstoßen. Wir müssen die vorhandenen Ressourcen viel effizienter einsetzen. Unsere Produktions- und Konsummuster müssen sich ändern, wie wir Energie produzieren, wie wir unser Land bewirtschaften, uns ernähren, uns fortbewegen. Das alles zu schaffen, braucht auch mehr – und nicht weniger – internationale Zusammenarbeit.

Diese große Transformation ist die Menschheitsaufgabe des 21. Jahrhundert, und von ihrem Gelingen wird abhängen, ob unsere Enkelkinder eine gute Zukunft haben werden. Wir Menschen haben die natürliche und verständliche Tendenz zu glauben, je größer und komplexer ein Problem ist, desto weniger betrifft es uns direkt. Klimawandel, globale Ungleichheit, die Bevölkerungsentwicklung Afrikas, die Zukunft Europas, das sind Dinge, die können manchmal wirken, als seien sie weit weg von Landkreisen, Städten und Gemeinden. Die große Politik findet woanders statt – die Bundeskanzlerin ist für den Weltfrieden zuständig und der Landrat für die Müllabfuhr. Aber ist das wirklich so? Nein, es gibt keinen spezifischen Ort, wo sich die Entwicklung der Welt abspielt, und keinen, an dem sie nur vorüberzieht. Die Welt, das sind auch die Kommunen. In den letzten Jahren hat das insbesondere die Flüchtlingskrise eindrücklich gezeigt. Und das bedeutet: Je

größer die Herausforderung, vor der die Gesellschaft steht, desto wichtiger, dass alle Teil der Lösung sind.

Die große Transformation wird jedenfalls nicht als Elitenprogramm funktionieren. Natürlich muss es große und wichtige Veränderungen auf politischer, systematischer Ebene geben. Aber gleichzeitig kann die Transformation nur dann gelingen, wenn es auch ganz viele kleine Transformationen gibt, Veränderungen von unten, in den Familien, Vereinen, Kirchengemeinden, Landkreisen, Dörfern und Städten, die sich in der langen Frist zu einer großen Gesamtveränderung zusammenfügen. Jeder muss also etwas beitragen – und das Schöne ist, das es wirklich auch jeder kann. Ob als mittelständischer Unternehmer, als Eltern, als Ehrenämter, als Lokalpolitiker, als Schüler, als Rentner – überall sind wir gefragt, verantwortlich zu leben, also Antwort zu geben auf die großen Herausforderungen unserer Zeit.

Die Kommunen können dabei eine ganz besondere Rolle einnehmen, sie können Labore der Veränderungen sein, können ausprobieren, vorgehen, im Kleinen lernen, wo die große Politik zu träge ist. Sie sind beweglicher als nationale und internationale Politik, weil sie näher dran sind am Bürger und seinen Ideen, seinen Bedürfnissen, weil sie auch auf Widersprüche und Zielkonflikte agiler und klüger reagieren können. Landkreise, Städte und Gemeinden finden so eine neue Balance zwischen dem Ökologischen und dem Sozialen, zwischen dem Globalen und dem Lokalen. Auf diese Weise bildet das kommunale Engagement die Grundlage für die notwendige große Transformation. □

Prof. Dr. Horst Köhler,
Bundespräsident a.D., Berlin

* Auszüge aus der Ansprache von Bundespräsident a.D. Prof. Dr. Horst Köhler bei der Stadtgründungsfeier anlässlich des Jubiläums „300 Jahre Stadt werden“ in Ludwigsburg am 4.5.2018, Originalfassung siehe www.horstkoehler.de.

Die Welt zu einem besseren Ort machen – wie deutsche Landkreise dazu beitragen

2.000 km Luftlinie von der Region Hannover entfernt Richtung Süden liegt die tunesische Küstenoase Gabès. Auf den ersten Blick ein malerisches Städtchen. Aber wie viele Orte in Nordafrika hat Gabès ein Problem: Abfall, Umweltverschmutzung – und damit einhergehend auch weitere Herausforderungen. Ein großer Teil der Haushaltsabfälle verrottet an den Straßen. Die alten Sammelcontainer quellen über, es stinkt zum Himmel. Deshalb wünscht sich die Stadtverwaltung von Gabès sehnlichst eine moderne Müllentsorgung. Denn wenn der Ort sauberer wird, könnte das auch den Tourismus zur alten Oase direkt am Meer wieder in Schwung bringen.

Als die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“¹ im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zur Hilfe für Gabès aufrief, zögerte die Region Hannover nicht lange und bot Unterstützung an. Zweimal schon sind seitdem tunesische Fachkräfte nach Hannover gereist und haben sich informiert, wie sich Haushaltsabfälle besser trennen und recyceln lassen. Ein tunesischer Verwaltungsmitarbeiter konnte ein Praktikum bei „aha“ machen, dem Abfallwirtschaftsbetrieb der Region. Um dauerhaften Fortschritt nach Gabès zu bringen, wird die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) im Rahmen des vom BMZ geförderten Projektes „CoMun“ Abfallcontainer für Gabès beschaffen. Der Entsorger „aha“ und die Region Hannover werden mit weiteren Praktikumsplätzen und Coaching den nötigen Wissenstransfer gewährleisten.

Gabès ist nun eine von elf tunesischen Städten, die von unserem Förderprogramm „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“ profitieren. Und es ist ein gutes Beispiel für den großen Mehrwert, den unsere Kommunen mit ihrem entwicklungspolitischen Engagement in die Welt hinaustragen.

Wir vergessen in Deutschland ja allzu leicht, wie sehr wir in der Welt dafür beneidet werden, dass die alltäglichen Dinge bei uns funktionieren. Monatelang fällt kaum Regen, aber das Trinkwasser fließt weiter – in vielen Ländern ist das undenkbar. Müllberge wie in Gabès, Elektroschrotthalde wie Agbogboshie in Ghanas Hauptstadt Accra – bei uns in Deutschland heute unvorstellbar. Im Libanon habe ich Orte gesehen, in denen mehr Flüchtlinge als Einheimische leben. Klar, dass es dort enorme Probleme

Von Dr. Gerd Müller, Berlin

mit der ohnehin schlechten Wasserversorgung und Müllbeseitigung gibt.

Die Verantwortlichen in unseren Landkreisen und ländlichen Kommunen wissen genau, wie verlässliche Daseinsvorsorge geht. Mit ihrem Know-how können sie in unseren Partnerländern weltweit weiterhelfen, ob bei der Energie- und Wasserver-

Kasten 1: Programme und Förderinstrumente

Beratungsprogramme	Angebote und Aktivitäten	
Kommunale Partnerschaften	Kommunale Kompetenzen für Know-how-Partnerschaften gewinnen <ul style="list-style-type: none"> Nahost-Initiative Kommunaler Marshallplan mit Afrika Nachhaltigkeits- und Klimapartnerschaften Für Einsteiger und weltweit: Connective Cities 	
Global Nachhaltige Kommune	Agenda 2030 in der Kommune verankern: Beratung, Strategieentwicklung, Vernetzung, Veranstaltungen zur Umsetzung der Agenda 2030 in deutschen Kommunen. Leuchtturmprojekt: „Global – Lokal: Agenda 2030 VerOrten“	
Fairer Handel und Faire Beschaffung	Nachfragemacht der kommunalen Beschaffung für Fairen Handel nutzen: Vernetzung, Erfahrungsaustausch und Beratung zu juristischen und organisatorischen Fragen, wie soziale Standards bei öffentlicher Auftragsvergabe eingehalten werden können. Wettbewerb 2019 „Hauptstadt des Fairen Handels“	
Migration und Entwicklung	Mit der interkulturellen Kompetenz von migrantischen Akteuren kommunale Entwicklungszusammenarbeit stärken: Vernetzung, fachlicher Austausch, Bestandsaufnahmen zur Mitgestaltung kommunaler Entwicklungspolitik durch migrantische Akteure, Stärkung der interkulturellen Kompetenz der Verwaltung.	
Förderinstrumente	Art der Förderung	Beschreibung
Kleinprojektfonds	Bis zu 90-prozentiger Zuschuss für entwicklungspolitische Projekte eines Kalenderjahres von 1.000 € bis maximal 50.000 € (Partnerschaften).	Kommunale Informationsarbeit, Strategieentwicklung, Qualifizierung, Vernetzung und Begegnungen mit kommunalen Partnern aus dem Globalen Süden.
Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa)	Bis zu 90-prozentiger Zuschuss für entwicklungspolitische Vorhaben von 50.000 € bis 500.000 €.	Entwicklungspolitische Projekte von bis zu drei Jahren Dauer für nachhaltige Daseinsvorsorge, gute lokale Regierungsführung, Klimaschutz und -anpassung in einem Partnerland.
Koordination kommunaler Entwicklungspolitik	Förderung Personalstelle in der deutschen Kommunalverwaltung bis zu 90 %.	Förderzeitraum: 24 Monate mit Verlängerungsoption.
Fachkräfte für kommunale Partnerschaften weltweit	Förderung Personalstelle in der Kommunalverwaltung im Partnerland.	Förderzeitraum: 24 Monate mit Verlängerungsoption.

¹ Siehe auch den Beitrag „Die ‚Servicestelle Kommunen in der Einen Welt‘ – Zur Erfolgsgeschichte kommunaler Entwicklungspolitik“ in diesem Heft 43f.

sorgung, bei der Abwasser- und Müllentsorgung, bei Verkehrsplanung, Bildung oder öffentlicher Sicherheit.

Dieses Know-how ist ein Schatz, den wir weiter heben wollen. Wir vernetzen dafür die Praktiker hier wie dort. Wir fördern kommunale Partnerschaften und laden alle ein, sich mit ihrem Wissen in einem Entwicklungsland zu engagieren.

57 Kreise, ländliche Bezirke und Regionalverbände engagieren sich bereits Entwicklungspolitisch – das ist im Schnitt jeder sechste im Deutschen Landkreistag organisierte Landkreis. Über 770 Kommunen nehmen an BMZ-Programmen teil – fast dreimal so viele wie noch vor vier Jahren. Ein großer Erfolg! Aber es sollen noch mehr werden. Darum hat das BMZ seine Unterstützung für kommunale Entwicklungszusammenarbeit kontinuierlich ausgebaut. Die Mittel haben sich seit 2014 verfünffacht, innovative und passgenaue Programme wurden aufgesetzt. Die „Service-stelle Kommunen in der Einen Welt“ berät persönlich und kostenfrei zu allen Themen der kommunalen Entwicklungspolitik – auf Wunsch auch vor Ort! (siehe Kasten 1).

Wichtig ist mir auch, dass kommunale Entwicklungszusammenarbeit – als elementarer Teil des 2015 verabschiedeten Weltzukunftsvertrags, der Agenda 2030 – in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie verankert ist (siehe Kasten 2).

Denn was wir hier vor Ort tun oder auch *nicht* tun, hat oft globale Folgen. Viel zu oft wird etwa das, was wir hier kaufen, andernorts unter Bedingungen hergestellt, die wir längst nicht mehr tolerieren würden. Ich denke an die Näherinnen in Textilbetrieben, deren Lohn kaum zum Leben reicht, geschweige denn dafür, die Kinder zur Schule zu schicken. Ich denke an die Kinder, die in Steinbrüchen schufteln müssen, um Pflastersteine herzustellen, die auch auf unseren Straßen liegen. Ich denke an Umwelterstörung durch ungeklärte Abwasser aus Industriebetrieben.

Einer der größten Hebel der öffentlichen Hand ist darum ihre Marktmacht: Jährlich geben Bund, Länder und Kommunen mindestens 350 Mrd. € für öffentliche Beschaffung aus. Mit fairer Beschaffung können sie einen großen Unterschied machen – und Zeichen setzen!

Auch hier hilft die „Service-stelle Kommunen in der Einen Welt“ in unserem Auftrag. Sie unterstützt Landkreise und ihre kommunalen Unternehmen beim Thema „Fairer Handel“ und „Faire Beschaffung“, mit kostenfreier Vergabeberatung zur rechtssicheren Umsetzung von Nachhaltigkeitskriterien, mit Vernetzungsangeboten, Ausstellungsverträgen und anderem mehr.

Der Kreis Steinfurt engagiert sich beispielsweise seit 2015 für fairen Handel und hat sein Engagement stetig ausgebaut, auch

Kasten 2: Die Agenda 2030 und die Kommunen

Im September 2015 verabschiedeten die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung – einen Weltzukunftsvertrag für „Eine Welt“, in der die Grundbedürfnisse aller Menschen befriedigt werden, für Gleichberechtigung, Frieden, Gerechtigkeit, Partnerschaft, für Entwicklung in den ökologischen Grenzen unseres Planeten. Ein historischer Durchbruch! An der Agenda haben neben der Bundesregierung auch Vertreter von Ländern und Kommunen mitgearbeitet.

Die Agenda benennt 17 globale Ziele, „Sustainable Development Goals“ (kurz „SDGs“), in verschiedenen Handlungsfeldern: soziale, ökologische und wirtschaftliche Entwicklung. Diese Ziele sind vielfach miteinander verbunden, oft bedingen sie einander. Und fast immer können sie nur mit dem aktiven Engagement von Kommunen weltweit verwirklicht werden, denn in den Kommunen bündeln sich Chancen und Herausforderungen einer global nachhaltigen Entwicklung.

Ziel 11 richtet sich ganz direkt auf die nachhaltige Entwicklung von Städten und Gemeinden. Aber auch für Ziel 17 – „Globale Partnerschaften“ – tragen Kommunen eine besondere Verantwortung: Sie können Partnerschaft durch Wissenstransfer und Fachaustausch konkret machen.

Unsere Landkreise, Städte und Gemeinden sind Pioniere des Wandels. Sie können die SDGs in der Gesellschaft am besten verankern. Das BMZ stellt darum vielfältige Unterstützungsmöglichkeiten zur Verfügung und hat dafür die Service-stelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) geschaffen. Sie ist Kompetenzzentrum für kommunale Entwicklungspolitik und zugleich Ansprechpartnerin für Gebietskörperschaften bei ihrem Engagement rund um Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit.

dank einer mit BMZ-Mitteln geförderten Personalstelle für kommunale Entwicklungspolitik. Regelmäßig organisiert der Kreis Vernetzungstreffen für alle Aktiven – so bleibt das Thema auf der Tagesordnung und entwickelt sich dynamisch weiter. Neben den „Klassikern“ wie fairer Kaffee, Tee und Bananen geht es auch um Produkte, die Jugendliche besonders ansprechen, bspw. faire Handys und Schokolade. Der Kreis Steinfurt geht aber noch weiter – er zeichnete die „Musterresolution zur Agenda 2030“ und setzt als einer der Ersten Maßstäbe bei der lokalen Umsetzung der internationalen Nachhaltigkeitsziele. Unse-

re Servicestelle hat diesen Prozess beraten und begleitet und sie vernetzt die „Global Nachhaltigen Kommunen“ zum gegenseitigen Erfahrungsaustausch. Darüber hinaus kann mit Mitteln des BMZ für zwei Jahre eine Koordinatorenstelle zur kommunalen Entwicklungspolitik gefördert werden. Zehn Landkreise haben bereits davon Gebrauch gemacht – manche, um überhaupt erst ins Thema kommunale Entwicklungspolitik einzusteigen.

Besonders freue ich mich auch über das Engagement im Landkreis Donau-Ries.² Hier ist der Landrat *Stefan Röble* eine treibende Kraft. Er ist von der Idee begeistert, mit privaten Spenden aus dem Landkreis Schulen in Afrika zu bauen. Inzwischen hat *Stefan Röble* die kommunalen Spitzenverbände überzeugt, mit vereinten Kräften „1.000 Schulen für unsere Welt“ zu bauen. Als Schirmherr werde ich dieses Projekt mit vorantreiben.

Ich möchte, dass Entwicklungspolitik Chefsache wird in jedem Landratsamt und Rathaus. Dabei spielen Landkreise eine wichtige Rolle. Die deutschen Landkreise stehen für fast 70 % der deutschen Bevölkerung. Sie sind Vorbilder, sie können Partner zusammenbringen, Allianzen schmieden und auch kleineren Gemeinden Handlungsmöglichkeiten aufzeigen. Sie arbeiten Hand in Hand mit vielen lokalen Aktiven, zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen, die sich für eine global gerechte Welt einsetzen.

Am Ende profitieren davon auch die deutschen Kommunen und ihre Unternehmen. Denn sich auf Neues einzulassen, sich mit fremden Kulturen auseinanderzusetzen, Vertrauen aufzubauen, Projekte zu managen – all das schult auch die deutschen Mitarbeiter. Vor allem aber trägt kommunale Entwicklungszusammenarbeit dazu bei, unsere „Eine Welt“ für zukünftige Generationen nachhaltig zu erhalten und lebenswert zu gestalten.

Die kommunale Entwicklungszusammenarbeit ist ein kleiner, aber nicht zu unterschätzender Baustein für einen großen globalen Prozess. Er beginnt mit der Erkenntnis, dass die Welt veränderbar ist, dass wir es sind, die diese Welt verändern. Denn die Welt ist heute ein Dorf. Und auch uns wird es langfristig nur gut gehen, wenn es allen Menschen gut geht. Ich will mit unseren Mitteln dazu beitragen, dass aus Motivation Handeln wird. Lokal – global! □

Dr. Gerd Müller, Bundesminister
für wirtschaftliche Zusammenarbeit und
Entwicklung, Berlin

² Siehe auch in diesem Heft, 40 ff.

Europäischer Konsens über die Entwicklungspolitik

Landkreise, Städte und Gemeinden nehmen seit Jahren in der Entwicklungszusammenarbeit eine zunehmend wichtige Rolle ein. Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung aus dem Jahr 2015 baut auf eine breite Partnerschaft mit zahlreichen Akteuren, zu denen auch die Kommunen zählen. Internationale kommunale Partnerschaften auf Augenhöhe ermöglichen insbesondere beidseitigen Wissenstransfer und tragen zur Umsetzung der Agenda 2030 bei. Die Europäische Union fördert diesen Ansatz und möchte eng mit den Kommunen in den Mitgliedstaaten zusammenarbeiten.

Millenniums-Entwicklungsziele

Im Jahre 2000 einigten sich die Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen auf die Millenniums-Entwicklungsziele. Sie sollten bis zum Jahre 2015 die Lebensumstände von mehr als 1 Mrd. Menschen verbessern, die zu diesem Zeitpunkt in extremer Armut lebten, Hunger beseitigen, allen Kindern eine Grundschulbildung ermöglichen, grassierende Krankheiten wie AIDS und Malaria bekämpfen sowie die Gleichstellung der Geschlechter fördern.

Die Erfolge waren bemerkenswert. Zwischen 1990 und 2015 fiel die Zahl der in extremer Armut lebenden Menschen von 1,9 Mrd. auf 836 Mio. Die Zahl der Kinder im Grundschulalter, die keine Schule besuchen, konnte im Zeitraum 2000 bis 2015 von 100 Mio. auf 57 Mio. reduziert werden. Insbesondere afrikanische Länder südlich der Sahara machten erhebliche Fortschritte bei der Grundschulbildung. Gleichzeitig zeigte sich, wie wichtig es ist, global zu handeln, damit niemand zurückgelassen wird.

Diese Erfolge können aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass Armut in weiten Teilen der Welt immer noch allgegenwärtig ist. Soziale Ungleichheiten bestehen weiter fort und die Anzahl der hungernden Menschen nimmt sogar wieder zu. Im Jahre 2015 einigte sich die Generalversammlung der Vereinten Nationen daher auf die Agenda 2030 mit 17 nachhaltigen Entwicklungszielen. Im Gegensatz zu den Millennium-Entwicklungszielen gilt die Agenda 2030 für alle Länder, da sich die zentrale Herausforderung einer nachhaltigen Entwicklung für alle Länder stellt. Die überholte herkömmliche Unterscheidung zwischen reichen „Geberländern“ und armen „Nehmerländern“ wird damit überwunden. Zugleich reflektiert die Agenda 2030, dass eine nachhaltige Entwicklung nicht durch isolierte Maßnahmen zu erzielen ist, sondern vielmehr alle 17 Ziele miteinander verknüpft sind. Wird zum Beispiel allen

Von Neven Mimica, Brüssel*

Menschen der Zugang zu einer qualitativ hochwertigen Schulbildung ermöglicht, dann hat dies auch positive Effekte auf die Gleichstellung der Geschlechter.

Diese fundamentalen Neuorientierungen der Agenda 2030 sind auch für die Kommunen bedeutsam. Die Agenda erkennt nämlich im 17. Nachhaltigkeitsziel an, dass die Umsetzung zwingend auf übergreifende nationale und internationale Partnerschaften gestützt werden muss. Es bedarf eines starken politischen Willens auf allen Ebenen, um die Agenda mit Leben zu füllen. Diese Partnerschaften müssen neben den Regierungen auch andere Akteure einschließen, etwa die Zivilgesellschaft und die Wirtschaft, aber eben auch die lokalen Gebietskörperschaften.

Europäischer Konsens über die Entwicklungspolitik

Die europäische Entwicklungszusammenarbeit hat auf die Agenda 2030 mit dem neuen Europäischen Konsens über die Entwicklungspolitik aus dem Jahre 2017 geantwortet. In diesem Konsens hat die Europäische Union ihre politischen Schwerpunkte und Instrumente an den Nachhaltigen Entwicklungszielen ausgerichtet. Dieser neue Konsens hat auch deshalb besonderes Gewicht, weil er in seiner Gesamtheit zum ersten Mal für die Arbeit sowohl der europäischen Institutionen als auch der Mitgliedstaaten gilt. Dieser Konsens unterstreicht die Rolle kommunaler Akteure und zielt darauf ab, diese zu stärken.

Die Rolle der Kommunen ist deshalb so wichtig, weil sie die zahlreichen Ziele und Unterziele auf die lokale Ebene herunterbrechen und daraus eigene Nachhaltigkeitsstrategien entwickeln können. Aufgrund ihrer besonderen Nähe zu den Bürgern haben kommunale Verwaltungen einen direkten Zugang zur Bevölkerung und können diese für nachhaltige, umweltverträgliche und gerechte Entwicklung besonders sensibilisieren. Sie können auf bereits bestehende Initiativen und Institutionen aufbauen, diese beleben und weiterentwickeln.

Netzwerke wie der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städtetag bieten Plattformen, um sich über erfolgreiche Beispiele auszutauschen. Aber auch internationale Zusammenschlüsse wie etwa der *Global Covenant for Climate and Energy* tragen dazu bei, dass Kommunen und Städte länderübergreifend voneinander lernen können. Das hilft zum einen, die Agenda

2030 für nachhaltige Entwicklung in der eigenen Kommune zu implementieren. Zum anderen bedeutet dies aber auch einen Know-how-Zuwachs für die Entwicklungszusammenarbeit.

Kommunen besitzen einen besonderen Handlungsraum auch gerade dort, wo staatliche Strukturen fragil sind. Sie können den Aufbau demokratischer, selbstverwalteter und damit bürgernahe Strukturen in Entwicklungsländern unterstützen. In Ländern etwa, in denen es auf staatlicher Ebene an einer effektiven und allgemein anerkannten Regierung fehlt, können Kommunen zerstörte Infrastruktur wiederaufbauen, um Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge wie Behausung, Wasser, Energie oder auch Müllbeseitigung zu erbringen. Dies schafft Vertrauen der Bürger in öffentliche Verwaltung, das zugleich das Wiederherstellen staatlicher Gewalt unterstützen kann. Aber auch Bürgerbeteiligung ist ein Thema, für das kommunale Expertise in Projektpartnerschaften stetig nachgefragt ist.

Ein Beispiel hierfür ist die Nikosia-Initiative, die vom Ausschuss der Regionen als Reaktion auf die politischen Unruhen in Libyen seit 2011 ins Leben gerufen wurde und von der Europäischen Kommission politisch und finanziell unterstützt wird. Durch enge praxisbezogene Beziehungen mit libyschen Gemeinden konnten bereits die Lebensbedingungen von vielen Menschen vor Ort verbessert werden. An den bisher eingeschlagenen Weg möchte die Europäische Union anknüpfen und ihre Partnerschaft – unter Einbezug kommunaler Akteure – ausbauen. Die Unterstützung der Nikosia-Initiative war ein erster wichtiger Schritt, um in diesem Fall Libyen bei dem Aufbau nachhaltiger demokratischer Strukturen sowie nachhaltigem und inklusivem Wachstum zu helfen.

Kommunale Zusammenarbeit gewinnt an Bedeutung

Die kommunale Zusammenarbeit gewinnt zudem vor dem Hintergrund der positiven wirtschaftlichen Dynamik in den Entwicklungsländern an Bedeutung. Mit wirtschaftlichem Wachstum verlassen mehr und mehr Entwicklungsländer den Status als ärmste Länder und erzielen mittlere oder auch höhere Einkommen. Dadurch nimmt die Zahl der Länder ab, die auf den

* Neven Mimica ist seit Kroatiens Beitritt zur Europäischen Union der erste Kommissar des jüngsten EU-Mitgliedstaates. In der Kommission Juncker ist er seit 2014 für das Ressort Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung zuständig und verantwortet somit die europäische Entwicklungszusammenarbeit. In seiner Heimat war Mimica zuvor bereits Vize-Premierminister und Minister für europäische Integration.

Empfang finanzieller Entwicklungshilfe angewiesen sind. Dies trifft insbesondere auf Länder Lateinamerikas zu, die sich in den vergangenen Jahren schnell entwickelt haben, aber auch auf Staaten in Afrika und Asien.

Um dieses Wachstum zu konsolidieren und die gesamte Gesellschaft einzubinden, bedürfen viele dieser Partnerländer weiterhin der Zusammenarbeit und Unterstützung – nicht in Form finanzieller Hilfe, sondern durch den Aufbau von administrativen Kapazitäten und den Austausch von Wissen und Ideen. Hier kann eine Kooperation von kommunalen Akteuren konkret ansetzen –

zu denken ist da an einen Beratungstransfer zwischen Verwaltungen, Schul- und Klimapartnerschaften, die dazu beitragen, dass beidseitig der Erfahrungshorizont erweitert wird.

Es gibt noch viel zu tun, um Menschen überall auf der Welt ein Leben in Würde zu ermöglichen und eine nachhaltige Zukunft auch für unsere künftigen Generationen zu gestalten. Die Agenda 2030 bietet hierfür eine Vision und zugleich einen Handlungsrahmen, den wir gemeinsam umsetzen müssen. Die Anstrengungen, die hierfür erforderlich sind, verlangen eine breite Partnerschaft. Die Kommunen sind ein

wichtiger und eigenständiger Partner. Dass internationale Partnerschaften für alle Beteiligten einen Gewinn darstellen, zeigen die mehr als 500 Kommunen allein in Deutschland, die Beziehungen zu Städten und Gemeinden in Asien, Afrika und Lateinamerika unterhalten. Die Europäische Union wird diese vielfältigen und nachhaltigen Partnerschaften unterstützen und stärken. □

Neven Mimica, Kommissar für Europäische Entwicklungszusammenarbeit, Brüssel

Dezentral, bürgernah und kompetent – Kommunen als Powerhäuser der Entwicklungszusammenarbeit

„All development is ultimately local“ – dieser Satz des ehemaligen Generalsekretärs der Vereinten Nationen *Ban Ki-moon* bringt auf den Punkt, was mittlerweile allgemein anerkannt ist: subnationale Gebietskörperschaften leisten einen essenziellen Beitrag zur Erreichung von Entwicklungszielen weltweit. Kommunen als Vertreter der ausdifferenziertesten – der lokalen – Ebene, spielen dabei eine ganz besonders wichtige Rolle. Die Erklärung dessen findet sich in den Worten des Amtsvorgängers *Ban Ki-moons*, *Kofi Annan*: „Unsere Ziele sind global, aber sie können am effektivsten durch das Wirken der kommunalen Ebene erreicht werden“. Gerade in der Europäischen Union wird bereits viel dafür unternommen, diese „Lokalisierung“ von Entwicklungszielen durch das Engagement von Kommunen zu unterstützen. Die Kommunen stehen aber weiterhin vor großen Herausforderungen. Um diese meistern zu können, sollte der bereits jetzt von Erfolg gekrönte Ansatz konsequent weitergedacht werden. Globales Engagement europäischer Kommunen kann zudem dazu beitragen, die Ambitionen der EU nach einer noch bedeutenderen Rolle in der Weltgemeinschaft zu fördern.

Bemühungen der Entwicklungszusammenarbeit (EZ) können über einige Stationen bis auf die lokale Wirkungsebene verfolgt werden. Die Vereinten Nationen definieren Entwicklungsziele. Supranationale Organisationen wie die Europäische und die Afrikanische Union greifen diese Ziele auf und entwickeln Instrumente zu deren Erreichung. In Europa geht dieser Weg etwa weiter zum Bundesstaat Deutschland über das Land Niedersachsen bis hin zur Stadt Oldenburg. In Afrika kann dieser Weg

Von Dr. Stefan Gehrold, Brüssel

beispielhaft über die Entwicklungsgemeinschaft des südlichen Afrika, den Nationalstaat Südafrika und die Region Eastern Cape bis hin zur Stadt Buffalo City Metropolitan Municipality (BCMM) führen. Oldenburg und BCMM sind Partnerstädte. Zusammen arbeiten Sie an Projekten in den Bereichen Erneuerbare Energien/Energieeffizienz, Umweltbildung, Wassermanagement und Abfallmanagement. Weitere Anstrengungen zielen darauf ab, die Folgen des Klimawandels abzumildern und mit seinen Folgen besser umzugehen. Oldenburg richtete eine eigene Stelle zur Koordination der kommunalen Entwicklungspolitik ein, die sich neben der genannten auch um neun weitere Partnerschaften in insgesamt neun Ländern kümmert.

Die dezentralisierte Zusammenarbeit hat zahlreiche Facetten und hat sich in der Vergangenheit stets weiterentwickelt. In Europa liegen wesentliche Ursprünge in den Städtepartnerschaften und -freundschaften, die nach dem zweiten Weltkrieg zur Aussöhnung zwischen den Nationen beigetragen haben. Eine neue Hochzeit solcher Partnerschaften folgte nach dem Fall des Eisernen Vorhangs, insbesondere mit Kommunen Zentral- und Osteuropas. Bei diesem Aspekt der Völkerverständigung ist es aber längst nicht geblieben. Das globale Engagement erstreckt sich auf vielfältige Aufgaben und bezieht sich auf unterschiedliche Akteure ein, dass eine abschließende Darstellung fast unmöglich ist. Ein ganz wesentlicher Bestandteil des Engagements sind traditionell kommunale Aufgaben im Bereich der Daseinsvorsorge und darüber hinaus. Es umfasst damit wichtige Bereiche wie Wasser- und Abwasserversorgung, Stromversorgung, das

Schul-, Sozial-, Jugend- und Gesundheitswesen, Beschäftigung, Abfallsammlung und Recycling, Stadtplanung, die Verwaltung von Ressourcen, Sport und Kultur, Territorialmarketing sowie Wirtschaftsförderung. Zu den Partnern gehören neben Kommunen auch Gebietskörperschaften anderer Ebenen, Verbände, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen, Vertreter der Zivilgesellschaft, Kirchen, internationale und supranationale Organisationen.

Diese Vielzahl an Tätigkeitsbereichen und Akteuren, so mag man meinen, berge die Gefahr der Fragmentierung der Bemühungen. Das Gegenteil ist der Fall: Sie reflektiert den Paradigmenwechsel, wie er anhand der Weiterentwicklung der Millenniums-Entwicklungsziele zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung deutlich wird. Die Agenda 2030 verdeutlicht: Entwicklung geht uns alle an und wir tragen dafür eine gemeinsame und globale Verantwortung. Als die dem Bürger am nächsten stehende staatliche Ebene sind Kommunen dafür prädestiniert, dieses Paradigma mit Leben zu füllen und auf der letztlich entscheidenden lokalen Ebene zu verwirklichen. Die Bürgernähe führt zu größerer Akzeptanz der Entwicklungsbemühungen und lädt jene dazu ein, aktiv daran mitzuwirken. In Senegal hat ein Stadtbezirk der Hauptstadt Dakar den aktuellen nationalen Entwicklungsplan daher etwa auf die lokale Ebene heruntergezogen und den sog. Plan Sénégal Emergent durch den Plan mit dem Namen Fass-Commune Emergente ergänzt.

Der partizipative und inklusive Ansatz ist der Trumpf der Kommunen im Geflecht der internationalen Entwicklungszusammenarbeit. Das umfassende persönliche Engagement macht die Bemühungen und Resultate nachhaltig. Gewachsene und ausgeprägte Kompetenz im Bereich kommunaler Aufgaben paart sich nicht etwa nur

mit der entsprechenden Expertise von beteiligten (Fach-)Partnern, sondern auch mit ehrenamtlichem Engagement und Herzblut. Persönliche Bindungen entstehen und verwandeln die oft weniger greifbare Theorie zu einer gelebten Wirklichkeit.

Die Debatte um Flucht und Migration, wie sie uns in der EU aktuell mehr denn je beschäftigt, macht zudem unmissverständlich deutlich, warum sich die kommunale Aufgabe der Entwicklungsförderung weit über die Grenzen der eigenen Kommune erstreckt. Über weltweiten Informationsaustausch und Handel sind Menschen miteinander verbunden. Dies gilt auch dann, wenn Sie nicht gerade reisen, sondern „zu Hause“ sind, in ihrer Kommune. Globales Engagement bedeutet daher automatisch auch, dieses eigene Zuhause zu gestalten, indem man voneinander lernt, globale Zusammenhänge versteht und sich gegenseitig darin unterstützt, die Rahmenbedingungen für ein grenzüberschreitendes Miteinander zu schaffen.

Die Kooperation der EU mit der Gruppe der afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten (AKP-Staaten) ist für die dezentralisierte Zusammenarbeit von besonderer Bedeutung. Dies regelt ein Vertrag über die Entwicklungszusammenarbeit. Partnerschaften auf Augenhöhe sind besonders effektiv: für die Demokratisierung, die Stärkung von Menschenrechten, verantwortungsvolle Staatsführung und Armutsbekämpfung, den Transfer von Know-how sowie nachhaltiges Wachstum. Ein Bürgermeister, der mit einem Amtskollegen spricht, kennt die Herausforderungen. Mögen die Lebensumstände auch verschieden sein, beschäftigen sich doch beide mit den Anliegen der Einwohner der Kommune und haben Verständnis für die Problemengelage.

Eine Grundvoraussetzung für die Partnerschaften ist ein dezentralisierter Verwaltungsaufbau. Senegal hat in seiner Geschichte bereits drei große Dezentralisierungsreformen durchgeführt. Die Neuschaffung von Kommunen birgt zusätzliche Herausforderungen. Amts- und Mandatsträger müssen sich in die für sie ungewohnten Aufgaben einfinden. Analphabetismus ist dabei gerade in ländlichen Gebieten eine Hürde. Die Konrad-Adenauer-Stiftung hilft im Arbeitsfeld „Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung“, die Inhalte in geeigneter Form zu vermitteln und trägt damit zu Bürgerteilnahme bei. Sie schafft damit aber auch die Voraussetzung dafür, dass sich europäische Kommunen stärker engagieren könnten, bspw. durch Etablierung einer Nord-Süd-Süd-Kooperation unter Einbeziehung einer bereits etablierten Kommune aus der Region.

Strukturschwäche in ländlichen Bereichen darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, welche gewinnbringende und ambitionierte Formen der Kooperation dort möglich sind.

Von besonderer Bedeutung sind Vorhaben der ländlichen Elektrifizierung, in die Kommunen etwa über Public-Private-Partnerships (PPP) eingebunden werden können. Europäische Kommunen können hier ggf. auch in Form privatrechtlich organisierter kommunaler Wirtschaftsakteure aktiv werden. Solche Partnerschaften schaffen Perspektiven vor Ort. Diese Beiträge zur Entwicklung des ländlichen Raums tragen in Zeiten zunehmender Urbanisierung zu einem ausbalancierten Wachstum und Wohlstandshebung bei. Es wird weiterhin daran gearbeitet, die Rentabilität privatwirtschaftlichen Engagements zu steigern. Die Wachstumsmärkte in Afrika setzen einen Impuls zur Entwicklung von Mischformen der dezentralisierten Zusammenarbeit. Außerdem sind strukturelle Defizite oft Quelle innovativer Ideen: Startups klügeln Lösungen für Entwicklungshürden oder auch nur für lästige Alltagsprobleme aus. Manch eine in Afrika entwickelte Lösung findet ihren Weg nach Europa – vielleicht auch ein Zeichen dafür, wie stark die Innovationskraft der jungen Bevölkerung in Afrika ist.

Die mannigfachen Möglichkeiten dezentralisierter Entwicklungszusammenarbeit korrelieren mit großen Erwartungen, die in diesem Zusammenhang an Kommunen gestellt werden. Um diesen Erwartungen und den damit verbundenen Aufgaben gerecht werden zu können, brauchen Kommunen eine entsprechende Personal- und Finanzmittelausstattung. Die EU wie auch die nationalen und regionalen Verwaltungsebenen haben ihre Unterstützung für Kommunen in diesem Bereich deutlich ausgebaut. Europäische Kommunen oder deren Projektpartner profitieren von spezifischen Beratungsangeboten und können sich auf Projektmittel aus vielen verschiedenen europäischen Töpfen bewerben.

Aber könnte die Konstanz und Nachhaltigkeit nicht noch viel besser gewährleistet werden, wenn die Kommunen größeren Entscheidungsspielraum dabei hätten, welche Maßnahmen sie wie durchführen möchten?

Durch die Mitwirkung gewählter Volksvertretungen wäre die zielgerichtete und ausgewogene Mittelverwendung einer effektiven Kontrolle unterzogen. Zudem könnten ggf. weitere Rechenschaftspflichten eingeführt werden. Dieser Ansatz entspräche auch dem Grundgedanken der kommunalen Selbstverwaltung im Sinne eines Auftrags der aktiven Mitgestaltung. Es handelt sich nicht um reine Verwaltung und die Durchführung von auf zentralerer Ebene getroffenen Entscheidungen. Da die Kommunen den besonderen Mehrwert erst selbst einbringen, kann in der Aufgabe der Entwicklungsförderung nicht nur ein Teil der Pflege äußerer Angelegenheiten gesehen werden. Dezentrale Entwicklungszusammenarbeit hat einen eigenen Kerngehalt. Gegenüber dem deutschen

Begriff der kommunalen Verwaltung ist der im Englischen gebräuchliche Begriff des „Local Government“ daher hier vielleicht adäquater.

Frankreich hat bspw. bereits einige spezifische Regelungen zur dezentralisierten Entwicklungszusammenarbeit. Diese sehen vor, dass Städte und Regionen einen – wenn auch nur geringen – Teil ihrer Einnahmen dazu verwenden können, den Zugang zu Trinkwasser und grundlegender Hygiene in Entwicklungsländern zu fördern. Hierin könnte Inspiration für die Schaffung eines weitergehenden, günstigen Rechtsrahmens auf europäischer Ebene liegen sowie eine Alternative zu der nach wie vor nicht unerheblichen Budgethilfe, etwa in West- und Zentralafrika.

Kommunen können von der Schaffung neuer Finanzierungsformen für ihr Engagement und der damit einhergehenden weiteren Stärkung ihrer Rolle bei der Erreichung von globalen Entwicklungszielen besonders profitieren. Bereits jetzt haben Kommunen durch die Arbeit ihrer Verbandsstrukturen ein bedeutendes politisches Gewicht.

Mehr Engagement europäischer Kommunen stärkte den Stellenwert der EU als globaler Akteur insgesamt. Keine politische Allianz kann so nachhaltig Partnerschaften schmieden und Frieden schaffen wie gelebte Freundschaften. Die Geschichte der (kommunalen) Integration in Europa hat dies bewiesen. Die große Vielfalt hat dabei nicht etwa zu Fragmentierung, sondern zu größerer Einheit geführt. Man kann von einer Städtediplomatie sprechen. Je mehr europäische Kommunen sich in der Entwicklungszusammenarbeit engagieren, desto größer wird der Mehrwert für Europa. Der in Europa immer noch teils recht unterschiedliche Verwaltungsaufbau ermöglichte die Identifizierung eines passenden Partners für Kommunen eines jeden Verwaltungssystems in Entwicklungsländern. Besonderheiten, die es unmöglich machen, seine eigene Erfahrung eins zu eins zu übertragen, wird es aber ohnehin immer geben. In Senegal gibt es etwa mit den sog. Chefs de Quartier eine besondere Komponente in der lokalen Verwaltung. Die Stadtviertelobersten werden vom Staat ernannt und dienen als weiteres Bindeglied zwischen der Verwaltung und den Bürgern, nicht unähnlich den in Nordrhein-Westfalen tätigen kommunalen Beigeordneten.

Trotz eines Trends in Politik und Wirtschaft zur Schaffung größerer Strukturen sollte Europa die guten Ansätze entschlossen weiterverfolgen. □

Dr. Stefan Gehrold, MdEP, CDU/CSU-Gruppe in der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Brüssel

Entwicklungspolitische Aktivitäten der Landkreise

Mit ihrem Engagement im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik fördern Landkreise die Bekämpfung von Fluchtursachen und ermöglichen insbesondere mit Blick auf den Nachbarkontinent Afrika neue (wirtschaftliche) Perspektiven – alles mit dem Fokus, global nachhaltige Entwicklungen in Partnerkommunen in Entwicklungsländern ebenso anzustoßen und zu fördern wie in der eigenen Kommune. Dies umfasst den Wissens- und Erfahrungsaustausch sowie gemeinsame Projekte mit Partnerkommunen in Entwicklungsländern wie auch die Informations- und Bildungsarbeit, den Einkauf von fair gehandelten Produkten und die Berücksichtigung von nachhaltigen Kriterien bei Vergaben in der eigenen Kommune. Die Aktivitäten der Landkreise im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik und Entwicklungszusammenarbeit haben sich in den vergangenen Jahren deutlich verstärkt. Dabei wurde nicht zuletzt im Zuge der flüchtlingsbedingten Zuwanderung ab 2014 die Notwendigkeit der Bekämpfung von Fluchtursachen stärker in den Blick gerückt.

Um diese Themen auch durch die Hauptgeschäftsstelle politisch zu begleiten und die Landkreise bei ihrem Engagement zu unterstützen, hat der Deutsche Landkreistag seit Juli 2018 die Stelle einer Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik eingerichtet. Gefördert wird sie durch die Engagement Global gGmbH im Rahmen des „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt-Programms“ mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Neben der Unterstützung

Von Miriam Elsaëßer, Berlin

der Landkreise und der sachgerechten Aufbereitung von Informationen verfolgt der Deutsche Landkreistag dabei auch das Ziel, die Landkreise untereinander thematisch zu vernetzen und den Austausch zu entwicklungspolitischen Themen zu fördern.

Um einen Überblick über die bisherigen Aktivitäten und die bestehenden Bedarfe der Landkreise zu erhalten, wurde eine Online-Umfrage zu entwicklungspolitischen Aktivitäten der Landkreise durchgeführt. Dabei geht es sowohl um das Engagement der Landkreise in der eigenen Kommune (z. B. faire Beschaffung und entwicklungspolitische Bildungsarbeit) als auch im Ausland (z. B. [Projekt]-Partnerschaften mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern). Die Ergebnisse sollen auch dabei helfen, die Aktivitäten des Deutschen Landkreistages noch konkreter am Bedarf der Landkreise auszurichten. Beteiligt haben sich an der Umfrage sowohl Landkreise, die aktuell Aktivitäten im Bereich der Entwicklungspolitik durchführen, in der Vergangenheit durchgeführt haben oder Aktivitäten planen (57%), diese werden im Folgenden als aktive Landkreise zusammengefasst, als auch Landkreise, bei denen dies nicht der Fall ist (35%). Dies und die Tatsache, dass sich aus fast allen Flächenländern Landkreise beteiligt haben, führt zu aussagekräftigen Ergebnissen der Umfrage. 60 Landkreise haben die Umfrage beantwortet, dies entspricht über 20% aller Landkreise.

Themenbereiche der Entwicklungspolitik

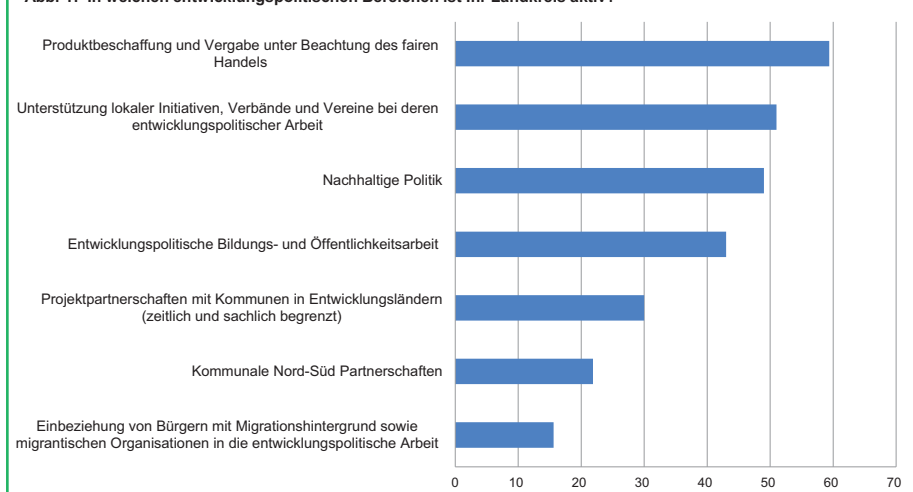
Thematisch liegt bei den in der Entwicklungspolitik aktiven Landkreisen ein Schwerpunkt auf der Produktbeschaffung unter Beachtung des Fairen Handels (d. h. Einkauf von fair gehandelten Produkten und Berücksichtigung von nachhaltigen Kriterien bei Vergaben) (59%) sowie auf der Unterstützung lokaler Initiativen, von Verbänden und Vereinen bei deren entwicklungspolitischer Arbeit (51%). Auch der Umsetzung nachhaltiger Politik, etwa als Engagement in Bezug auf die UN-Entwicklungsziele (Sustainable Development Goals – SDGs) (49%) und der entwicklungspolitischen Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit im Landkreis (43%) widmen sich viele der aktiven Landkreise. Neben diesen Aktivitäten innerhalb der eigenen Kommune engagieren sich einige Landkreise im Austausch mit Kommunen aus Entwicklungs- oder Schwellenländern, z. B. aus Afrika, Asien und Lateinamerika, sowohl in langfristigen Nord-Süd-Partnerschaften (22%) als auch in zeitlich und sachlich begrenzten Projektpartnerschaften (30%). Weniger häufig (16%) werden Bürger mit Migrationshintergrund sowie migrantische Organisationen in die entwicklungspolitische Arbeit des Landkreises einbezogen (vgl. Abb. 1). Hervorzuheben ist, dass die meisten Landkreise langfristig, das heißt ohne Enddatum, engagiert sind, mindestens aber für einen Zeitraum von zwei Jahren.

Einen Austausch mit einer Kommune in einem Entwicklungs- oder Schwellenland können sich die meisten der befragten Landkreise zu den Themenbereichen Klimafolgen und Klimaanpassung (43%) sowie Abfallentsorgung und -recycling vorstellen (42%). Die Themen infrastrukturelle Herausforderungen (z. B. öffentlicher Verkehr – 37%), Tourismus (25%) und gesundheitliche Versorgung (28%) kommen ebenfalls für einige Landkreise in Frage.

Gründe des Engagements

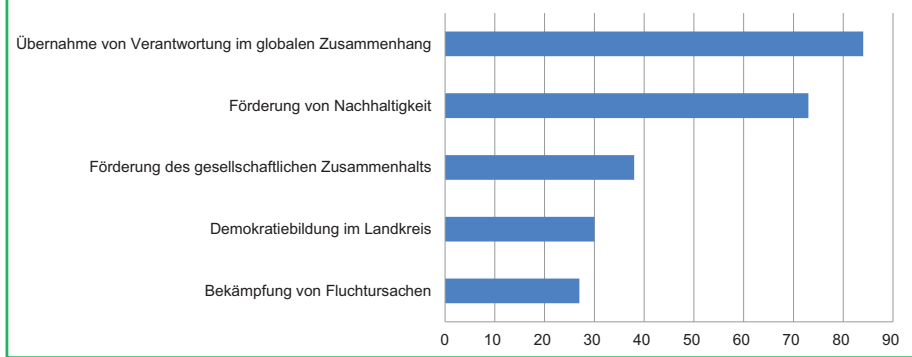
Die Umfrageergebnisse zeigen zudem, dass sich 84% der aktiven Landkreise engagieren, um Verantwortung im globalen Zusammenhang zu übernehmen. Fast drei Viertel möchten mit ihrem Engagement Nachhaltigkeit fördern. Die Förderung des gesellschaftlichen Zusammenhalts (38%), Demokratiebildung im Landkreis (30%) und die Bekämpfung von Fluchtursachen (27%) werden weiterhin als Gründe für ein Engagement angegeben (vgl. Abb. 2). Dass über diese thematischen Gründe hinaus das Engagement der Landräte häufig ausschlaggebend für die Aktivitäten des jeweiligen Landkreises ist, wird ebenfalls

Abb. 1: In welchen entwicklungspolitischen Bereichen ist Ihr Landkreis aktiv?



Quelle: DLT

Abb. 2: Aus welchen Gründen engagiert sich Ihr Landkreis in der Entwicklungspolitik?



Quelle: DLT

deutlich (65%). Daneben spielt auch der Einsatz der Verwaltung (51%) eine Rolle sowie teilweise Impulse aus dem Kreistag (32%) oder von Vereinen, Verbänden und Bürgern (27%). Weniger von Bedeutung für das Engagement der Landkreise sind Impulse von kreisangehörigen Städten und Gemeinden (14%) sowie von migrantischen Organisationen (5%).

Zusammenarbeit

Knapp die Hälfte der aktiven Landkreise arbeitet mit Partnern in Entwicklungs- und Schwellenländern zusammen. Die interkommunale Zusammenarbeit mit Partnerkommunen bildet hierbei die wichtigste Verbindung (35%). Der Schwerpunkt liegt auf einer Zusammenarbeit mit afrikanischen Kommunen, es sind aber auch Verbindungen zu Kommunen im Nahen Osten, in Lateinamerika und in Südostasien vorhanden. Innerhalb von Deutschland arbeiten fast drei Viertel der aktiven Landkreise in der Entwicklungspolitik mit anderen Kommunen oder weiteren Akteuren zusammen. Ein Schwerpunkt liegt hier sowohl auf der Zusammenarbeit mit kreisangehörigen Städten und Gemeinden als auch auf Schulen (jeweils 43%). Darauf folgen thematisch passende Initiativen und Verbände (30%) sowie Bürger (24%). Die Zusammenarbeit zwischen den Landkreisen ist laut Umfrageergebnis im Bereich der Entwicklungspolitik bisher nicht sonderlich ausgeprägt (11%).

Organisation innerhalb der Landkreisverwaltung

In nahezu 80% der aktiven Landkreise wird das Themengebiet der Entwicklungspolitik in der Landkreisverwaltung betreut. 30% der Landkreise beschäftigen hierfür einen Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik (KePol-Koordinator), gefördert durch die Engagement Global gGmbH im Rahmen des „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt-Programms“ mit finanzieller Unterstützung durch das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung oder haben aktuell eine

solche Förderung beantragt. In 14% der aktiven Landkreise wird das Thema durch eine Funktionseinheit, die nicht entsprechend gefördert wird, bearbeitet. Teilweise wird das Themengebiet auch an verschiedenen Stellen in der Kreisverwaltung behandelt (16%).

Für die Finanzierung der entwicklungspolitischen Aktivitäten wenden die meisten aktiven Landkreise eigene finanzielle (76%) oder geldwerte (51%) Mittel wie Arbeitskräfte, Räume oder Materialien auf. Fördermittel des Bundes nimmt fast die Hälfte der aktiven Landkreise in Anspruch.

Ein Großteil der befragten Landkreise verfügt über keine offizielle Strategie zur Entwicklungspolitik (67%). Wenn eine solche Strategie vorhanden ist, besteht sie meist im Rahmen einer Nachhaltigkeitsstrategie (12%).

Drei Viertel der aktiven Landkreise informieren die Öffentlichkeit über ihr Engagement im Bereich der Entwicklungspolitik hauptsächlich durch Pressearbeit und über die kreiseigene Homepage. Ferner auch über soziale Medien und im Rahmen von Veranstaltungen.

Hemmfaktoren eines Engagements in der kommunalen Entwicklungspolitik

Die aktiven Landkreise sehen geringe personelle (78%) und finanzielle (54%) Kapazitäten – angesichts der generellen Beschränktheit auch in anderen kommunalen Handlungsfeldern nicht überraschend – als Hemmfaktoren für das Thema der kommunalen Entwicklungspolitik in ihrem jeweiligen Landkreis. Eine niedrige Akzeptanz des Themas in der Kreisverwaltung (19%) und bei den Bürgermeistern der kreisangehörigen Städte und Gemeinden (19%) werden ferner genannt. Eine niedrige Akzeptanz bei den Bürgern sehen nur wenige aktive Landkreise als Hürde (5%).

Dies ist ebenfalls bei den Landkreisen zu beobachten, die nicht im Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik aktiv sind: Ebenfalls nur 5% geben eine niedrige Akzeptanz bei den Bürgern als Grund hierfür

an. Auch diese Landkreise nennen vielmehr fehlende finanzielle und personelle Kapazität als wichtigen Grund, warum sich der Landkreis hier nicht engagiert (jeweils 52%). Darüber hinaus wird von vielen die rechtliche Zuständigkeit des Landkreises bezweifelt (62%). Auch eine andere Prioritätensetzung im Landkreis ist für viele ausschlaggebend (62%).

Bedarfe

Eine deutliche Mehrheit (70%) der befragten Landkreise ist an einem regelmäßigen Austausch zum Thema der kommunalen Entwicklungspolitik mit anderen Landkreisen interessiert. Dabei geht es den Landkreisen sowohl um den Erfahrungsaustausch zu den gewählten Verwaltungsstrukturen als auch zu spezifischen Themen und praktischen Fragen. Auch als mögliche Unterstützung von Dritten, z. B. Bund, Länder, Organisationen oder Verbände, wird insbesondere die Kommunikation von erfolgreichen Beispielen genannt.

Fazit

Die Umfrageergebnisse zeigen, dass die im Bereich der Entwicklungspolitik aktiven Landkreise ihren Schwerpunkt zumeist auf Arbeitsbereiche in der eigenen Kommune legen, die auch außerhalb der Kommune und im globalen Kontext wirken, wie z. B. Produktbeschaffung unter Beachtung des fairen Handels und nachhaltige Politik. Landkreise übernehmen so Verantwortung im weltweiten Zusammenhang und sind sich dieser Rolle bewusst. Zudem wird deutlich, dass weiterhin Potenzial insbesondere für den thematischen und fachlichen Austausch mit Kommunen in Entwicklungs- und Schwellenländern besteht. Große Hemmfaktoren bilden bei den meisten Landkreisen, unabhängig von ihrem Engagement, personelle und finanzielle Kapazitäten sowie bei den nicht engagierten Landkreisen die Frage nach der rechtlichen Zuständigkeit. Positiv ist zu sehen, dass eine fehlende Akzeptanz der Bürger bei den befragten Landkreisen meist nicht als Hemmfaktor für ein Engagement des Landkreises gesehen wird. Der hohen Nachfrage nach einem Austausch zwischen den Landkreisen und der Darstellung von erfolgreichen Beispielen wird der Deutsche Landkreistag in den kommenden Monaten, u. a. durch Einrichtung eines bundesweiten Arbeitskreises, nachzukommen suchen. □

Miriam Elsaëber, Referentin, Koordination für kommunale Entwicklungspolitik, Deutscher Landkreistag, Berlin

„1000 Schulen für unsere Welt“

Landkreis Donau-Ries schafft Perspektiven – Schulbauprojekte in Afrika

Mit Spenden aus dem Landkreis Donau-Ries werden Perspektiven in den ärmsten Regionen der Welt geschaffen und Fluchtursachen vermindert: Ursprüngliches Ziel des Landkreises war es, bis 2020 zehn Schulen aus Spenden der Bevölkerung zu finanzieren. Dieses Ziel wurde bei Weitem übertroffen: Mittlerweile hat der Landkreis bereits 20 Schulprojekte initiiert und weitere 20 überregional angestoßen, die in den ärmsten Regionen Afrikas gebaut werden. Das Engagement von Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller, für die Menschen in Krisen- und Armutsregionen Bleibeperspektiven in ihrer Heimat zu entwickeln, veranlasste den Landkreis, den schwäbischen Minister tatkräftig zu unterstützen. Gemeinsam mit den drei kommunalen Spitzenverbänden wurde die Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ ins Leben gerufen.

Stiftung Fly & Help

Den Anstoß für dieses Engagement bot eine Veranstaltung der Reiner Meutsch Stiftung Fly & Help in Donauwörth. Hinter der Stiftungsidee steht der Wunsch, Kindern in Entwicklungsländern den Schulbesuch zu ermöglichen. Beeindruckt davon, wie wenig Mittel erforderlich sind, um einer

Von Stefan Rößle, Landkreis Donau-Ries, und Reiner Meutsch, Kroppach

großen Anzahl an Kindern ein selbstbestimmtes Leben zu ermöglichen, beschloss der Landkreis, in Kooperation mit der Stiftung Schulen in Afrika zu bauen. Ziel war es, die Schulen aus privaten Spenden zu finanzieren.



Ausschlaggebend für die Entscheidung war ebenso die große Anzahl von Flüchtlingen, die im Jahr 2015 in den Landkreis gekommen waren. Die eindringlichen Worte von Bundesminister Dr. Gerd Müller für notleidende Menschen Hilfe zur Selbsthilfe in ihrer Heimat zu leisten, Fluchtursachen vor Ort zu bekämpfen und ihre Lebenssituation zu verbessern, bestärkten das Vorgehen. Für uns ist klar: Jeder, der in Not ist, bekommt in unserem Land Sicherheit und Hilfe. Doch heißt das nicht automatisch, dass alle, denen in ihren Her-

kunftsändern keine Lebensperspektiven geboten werden und die aus nachvollziehbaren Gründen nach Europa auswandern wollen, von uns aufgenommen werden können. Also ist es unsere Aufgabe, durch gezielte Maßnahmen in der Entwicklungszusammenarbeit den Menschen in ihrer eigenen Heimat ein Leben mit Zukunft und mit positiven Lebensperspektiven zu ermöglichen.

Bildung ist die elementare Voraussetzung dafür. Ohne Bildung gilt: keine verbesserte Lebenssituation und somit keine Perspektiven. Nur durch Bildung können sich junge Menschen in ihrer Heimat etwas aufbauen, erhalten Chancen auf Beschäftigung vor Ort, können ihr Leben selbst gestalten, anstatt über die gefährliche Mittelmeerroute nach Europa zu fliehen. Mit dem Entstehen einer Erstaufnahme und eines Ankerzentrums für Geflüchtete in Donauwörth ist dieses Thema längst bei uns in der Gesellschaft angekommen. Viele Menschen im Landkreis haben nicht zuletzt deshalb auch ein Verständnis dafür entwickelt, wie wichtig es ist, Perspektiven vor Ort zu schaffen. Lesen, Rechnen und Schreiben zu lernen, was bei uns als selbstverständlich gilt, schafft in Afrika die Voraussetzung, das eigene Leben in die Hand zu nehmen.

Das ursprüngliche Ziel des Landkreises war es, bis zum Jahr 2020 insgesamt zehn Schulen in Afrika allein aus Spendengeldern von Privatpersonen, einzelnen Gemeinden und lokalen Firmen im Landkreis Donau-Ries zu bauen. Für diese Idee wurden zahlreiche Mitstreiter gefunden und die Zielvorgabe bereits erreicht. Der Landkreis Donau-Ries hat bisher ausschließlich durch Spendengelder 20 Schulbauprojekte in Afrika initiiert. Die ersten dieser Schulen konnten bereits eröffnet werden.

Mit der Reiner Meutsch Stiftung Fly & Help hat der Landkreis einen Partner gefunden, der alle administrativen Ausgaben für seine Stiftung privat begleicht bzw. über Sponsoren abdeckt und in wenigen Jahren weltweit schon 270 Schulen errichtete. Die Stiftung ist eine der Partnerorganisationen für den Landkreis Donau-Ries, über die die gemeinsame Hilfe organisiert wird. Jeder Cent, der gespendet wird, kommt direkt vor Ort an.

„1.000 Schulen für unsere Welt“

Dem Beispiel des Landkreises Donau-Ries sollen nun deutschlandweit andere Städte, Landkreise und Gemeinden folgen und gemeinsam mit ihrer Bürgerschaft und der lokalen Wirtschaft einen wirksamen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit und zur



Starteten am 6.11.2018 in Berlin die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ (v.l.n.r.): DLT-Präsident Landrat Reinhard Sager, Bundesentwicklungsminister Dr. Gerd Müller, stellvertretender Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes Uwe Zimmermann, Markus Lewe (Präsident des Deutschen Städtetages und Oberbürgermeister der Stadt Münster).
Foto: Jonas Wiggers (DStGB)



Erneuerung von Klassenräumen sowie Bau einer Toilettenanlage und Wasserversorgung in Mekuabia (Äthiopien) (vorher/nachher).

Fotos: Fly & Help

Verbesserung der Lebenssituation in Ländern des Globalen Südens leisten. Aus diesen Gründen wurde gemeinsam mit den drei kommunalen Spitzenverbänden Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag und Deutscher Städte- und Gemeindebund unter Schirmherrschaft von Dr. Gerd Müller die Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ ins Leben gerufen. Die Initiative will Kommunen und ihre Bürger deutschlandweit dafür gewinnen, sich aktiv für das Programm „1.000 Schulen für unsere Welt“ zu engagieren und die Idee der Schulbauprojekte im Globalen Süden voranzutreiben. Insgesamt sollen 1.000 Schulen v.a. mit Unterstützung der Reiner Meusch Stiftung Fly & Help in Afrika, Asien und Südamerika gebaut werden. Das Engagement des Landkreises Donau-Ries soll durch die Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ an Dynamik gewinnen und sich vervielfältigen.

Finanzierung und Umsetzung der Initiative

Hilfe vor Ort ist wesentlich effektiver und günstiger als die Versorgung von Flüchtlingen in Deutschland. Für ca. 50.000 € kann ein minderjähriger Flüchtling in Deutschland ein Jahr betreut werden. Für ca. 50.000 € im Durchschnitt (20.000 € bis 100.000 €) kann aber auch in Afrika, Asien oder Südamerika eine komplette Schule gebaut werden, die jedes Jahr mehreren hundert Schülern eine Zukunftsperspektive ermöglicht. Bei den Schulbauprojekten werden keine Steuermittel eingesetzt. Die Finanzierung erfolgt über Bürgerspender und Sponsorengelder der lokalen Wirtschaft. Im Rahmen der Kooperation mit Fly & Help fließen die Spendengelder vollständig in die Schulbauprojekte vor Ort, die anfallenden Verwaltungskosten werden privat bzw. mittels Sponsoren übernommen.

Die Stiftung ist Trägerin des Spendensiegels des „Deutschen Zentralinstituts für

soziale Fragen (DZI)“, welches ein Markenzeichen für seriöse Spendenorganisationen ist. Bei Bedarf werden weitere kompetente Stiftungen oder andere Partner die Umsetzung der Initiative unterstützen. Kommunen haben darüber hinaus auch die Möglichkeit, mit anderen Stiftungen ihres Vertrauens zusammenzuarbeiten und sich unter das Dach der gemeinsamen Initiative zu stellen.

Gemeinsam mit Partnern und in Abstimmung mit den Akteuren vor Ort plant und beaufsichtigt Fly & Help den Schulbau. Die Stiftung schließt Verträge mit Partnerorganisationen vor Ort, die nach streng vorgegebenen Richtlinien von ihnen ausgewählt werden, um den ordnungsgemäßen Bau und Schulbetrieb nach der Erbauung sicherzustellen. Voraussetzung für den Schulbau ist auch, dass Fly & Help die Schulen an die Kommune oder den Träger nach Fertigstellung übergibt, die sich zuvor verpflichten, Lehrkräfte bereitzustellen. Die Grundstücke, auf denen die Schulgebäude entstehen, werden in der Regel von den jeweiligen Gemeinden bzw. sonstigen Trägern zur Verfügung gestellt. Nach Fertigstellung eines Schulbauprojektes sichert Fly & Help mit Unterstützung seiner Partner vor Ort zu, dass die Gebäude für den vorgesehenen Zweck verwendet werden.

Die Rolle der Kommune und ihrer Bürger

Der Ansatz von Bundesminister Müller sieht vor, unsere Kommunen in die Entwicklungszusammenarbeit einzubeziehen, um die Fluchtursachen vor Ort zu mindern und die Lebenssituationen zu verbessern. Dieser Gedanke erscheint überaus nachhaltig, denn vor allem so können längerfristige Partner- und Patenschaften entstehen. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit schafft ein Bewusstsein für Nachhaltigkeit und globale Zusammenhänge. Mit der Strategie „global denken, lokal handeln“ wollen deutsche Landkreise, Städte

und Gemeinden im Zusammenwirken mit dem Ehrenamt vor Ort und gemeinsam mit ihrer Bürgerschaft einen wirksamen Beitrag zur Entwicklungszusammenarbeit leisten. Bereits bei der Flüchtlingsintegration haben Landkreise, Städte und Gemeinden bewiesen, wie viel Kraft, Energie und Einsatzbereitschaft im kommunalen Zusammenschluss mobilisiert werden kann. Letztlich geht es bei der Initiative also vor allem darum, einen starken Dialog mit den kommunalen Amts- und Mandatsträgern zu führen, um ein noch breiteres kommunales Entwicklungsengagement zu mobilisieren. Kommunale Erfahrungen sollen in die Entwicklungszusammenarbeit eingebracht werden, denn Kommunen können zivilgesellschaftliches Engagement fördern und eigene Projekte in der Entwicklungszusammenarbeit durchführen. Am Beginn steht deshalb ganz klar der politische Wille der Kommunalpolitik und der Bürger, die Initiative „1000 Schulen für unsere Welt“ zu unterstützen. Dazu ist es erforderlich, dass die Initiative der Öffentlichkeit und der lokalen Wirtschaft vorgestellt und für ein Engagement geworben wird. Ein Beschluss der kommunalen Vertretungskörperschaft kann das entwicklungspolitische Engagement zusätzlich unterstreichen. Eine gemeinsame Strategie der Kommune mit lokalen Partnern zur Einwerbung von Spendengeldern erhöht die Sichtbarkeit des Engagements im öffentlichen Raum zusätzlich.

Die Stiftung Fly & Help bemüht sich, Vorschläge der deutschen Kommunen für Schulbauprojekte zu berücksichtigen. Ein Schulbau ist voraussichtlich möglich, wenn ein Bedarf nachweislich gegeben ist und gleichzeitig die Standards der Stiftung sichergestellt bleiben. Alternativ haben Kommunen auch die Möglichkeit, mit anderen Stiftungen zusammenzuarbeiten und sich in die Gemeinschaftsinitiative mit eigenständigen Schulprojekten einzubringen. Mit den eingeworbenen Geldern wird ein konkretes Schulbauprojekt vor-



Bau einer neuen Schule mit sechs Klassenräumen und Sanitäreinrichtungen in Ovo Village (Kenia) (vorher/nachher).
Foto: Fly & Help

wiegend mit Hilfe der Stiftung Fly & Help umgesetzt. Indem sich eine Kommune für ein Schulbauprojekt verantwortlich zeichnet, wird kommunale Entwicklungspolitik für die Bürger lebendig – der Fortschritt „ihres“ Schulbauprojektes kann verfolgt werden und macht das Engagement der Bürger greifbar. Die Spendengelder können auf Wunsch der Kommune direkt bei der Stiftung auf Unterkonten, die der jeweiligen Kommune zugeordnet werden können, gesammelt werden. Die Stiftung informiert die Kommune auf Anfrage über den Kontostand. Einen konkreten Projektvorschlag unterbreitet die Stiftung in Absprache mit den Kommunen, wenn die nahezu vollständige Fördersumme zur Verfügung steht.

Längerfristige, nachhaltige und wirtschaftliche Perspektiven

Die Schulbauprojekte können und sollen ein erster Schritt für ein weiterführendes Engagement in unserer Welt sein. Hierbei sind Kooperationen mit der lokalen Wirtschaft, Bildungsträgern oder Nichtregierungsorganisationen bis hin zu Schul- und Städte- oder Projektpartnerschaften wünschenswert. Der Marshallplan mit Afrika sieht vor, dass das Paradigma von „Entwicklungshilfe“ und „Gebern und Nehmern“ endlich abgelöst wird. Es geht vielmehr darum, dass gleichberechtigte Partner eine gemeinsame Zukunft gestalten. Das bedeutet auch, dass beide Seiten ökonomisch, sozial und kulturell voneinander profitieren. Wir haben im Landkreis Donau-Ries festgestellt, dass sich auch Unternehmen aus der Region in Ländern des Globalen Südens einsetzen und ihre eigenen Projekte vorantreiben. Wir sehen unsere Schulbauprojekte also als ersten Schritt der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit. Daraus kann in einem nächsten Schritt mehr entstehen. Der Landkreis ist bspw. bekannt für seine Erneuerbare-Energien-Technologien und seine landwirtschaftliche Expertise. In vielen Ländern Afrikas wird dieses Know-how

dringend gebraucht. Gerade in diesen Bereichen sollten Ausbildungsplätze geschaffen werden. Die kommunalen Spitzenverbände unterstützen die Kommunen bei ihrem nachhaltigen Engagement u. a. durch Beratung in Bezug auf weiterführende Förderprogramme des Bundes. Ein sehr großes persönliches Anliegen ist es, dass bereits bestehende entwicklungs-politische Engagement in den Landkreisen auszubauen. Aus diesem Grund wurde im Landkreis Donau-Ries auch über Mittel der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt eine eigene sog. Kepol-Stelle¹ im Landratsamt geschaffen, die die Schulbauprojekte in Afrika betreut, aber auch einen Schwerpunkt auf die entwicklungs-politische Bildungsarbeit im Landkreis legt. Aktuell wird bspw. eine Wanderausstellung gemeinsam mit öffentlichen Einrichtungen des Landkreises zu den einzelnen Schulbauprojekten geplant, in deren Rahmen auch über Austauschprogramme für Jugendliche mit dem Globalen Süden informiert werden soll. Längerfristig ist es natürlich der Wunsch, solche Freiwilligendienste auch mit den Landkreis-Projekten in Afrika zu etablieren.

Abschließende Betrachtungen

Eigentlich könnten wir uns aus kommunaler Sicht hinsichtlich der Fragen der Entwicklungszusammenarbeit bequem zurücklegen und den Ball an die Bundesregierung abspielen. Aber genau das ist das Problem. Denn sicherlich ist es im Grunde der Job der Außen- und Weltpolitik, Richtungen vorzugeben, aber die Idee der *kommunalen* Entwicklungszusammenarbeit zielt genau darauf ab, dass längerfristige und nachhaltige Strukturen nur in kleinteiligen Settings entstehen können. Außerdem gehen die Fragen der globalen Ungleichverteilung uns alle an und jeder sollte im Rahmen seiner Möglichkeiten und mit seinen Kompetenzen einen Beitrag leisten. Das ist unsere Meinung. Darüber hinaus ist es ein derart emotionales Ereignis, eine Schuleröffnung in Afrika mit-

zuerleben, dass es eine Herzensangelegenheit ist, vielen Menschen von den strahlenden Kinderaugen zu berichten. Uns freut es daher besonders, dass die Mitarbeiter des Landratsamtes Donau-Ries aktuell eine eigene Schule bauen.

Wir freuen uns daher sehr, wenn sich möglichst viele weitere Landkreise, Städte und Gemeinden ebenfalls mit unserem nachhaltigen Projekt zur Fluchtursachenbekämpfung identifizieren könnten. Vielleicht indem sie unsere Initiative „1.000 Schulen für unsere Welt“ durch einen Spendenaufruf unterstützen oder noch besser durch den Bau einer eigenen Schule in einem Schwellenland. Vor wenigen Tagen wurde ich als Landrat des Landkreises Donau-Ries von Bundesentwicklungshilfeminister Müller u. a. auch deshalb zum ehrenamtlichen „Botschafter für kommunale Entwicklungsarbeit“ ernannt – für mich eine weitere Motivation, sich in der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit zu engagieren.

Alle Informationen zu dem Projekt „1000 Schulen für unsere Welt“ stehen im Internet unter: www.1000schulenfuerunserewelt.de zur Verfügung. □

Stefan Rößle, Landrat, Landkreis Donau-Ries, und Reiner Meutsch, Gründer und Vorsitzender, Reiner Meutsch Stiftung Fly & Help, Kropbach

¹ Kepol = Koordination kommunaler Entwicklungspolitik.

Die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ – Zur Erfolgsgeschichte kommunaler Entwicklungspolitik

Burgenlandkreis, Februar 2016. Es klingt nach viel: 540% mehr Geflüchtete als im Dezember 2014. Es gibt weder Grund noch Basis für eine migrationspolitische Auseinandersetzung im Kreis: Der Bevölkerungsanteil von Menschen mit Migrationshintergrund hat sich gerade einmal um etwa 0,5 % erhöht; insgesamt liegt er bei weniger als 1 %; im Bundesdurchschnitt sind es über 11 %. 2015 hatte es im Kreis einen Brandanschlag auf eine geplante Unterkunft für Asylsuchende gegeben. Kommunalvertreter, die sich für ein friedliches Miteinander einsetzen, werden zunehmend mehr bedroht. Sie lassen sich nicht einschüchtern, wollen den friedlichen Zusammenhalt der Gesellschaft stärken und sind entschlossen, die Debatte zu versachlichen. Da erfährt der Burgenlandkreis von Fördermöglichkeiten durch die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ von Engagement Global, die im Auftrag des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) arbeitet. Sie unterstützt die kommunale Entwicklungspolitik – und dazu gehören auch Fragen zu Migration und Entwicklung.

Der Burgenlandkreis rief daher bei der Servicestelle an. Sie half der Kreisverwaltung dabei, ihre Ideen entwicklungspolitisch zu schärfen und fand im Kleinprojektfonds das geeignete Förderungsinstrument. So konnten Versammlungen für Einwohner organisiert werden. Dabei informierte der Burgenlandkreis über zutreffende Zahlen und konkrete Fakten zur Migration im Kreis sowie über die Herkunftsländer der Geflüchteten, um Verständnis für ihre Situation zu wecken. Ziel der Veranstaltungen war es, darüber einen entwicklungspolitischen Diskurs anzustoßen. Außerdem konnten so Kommunalpo-

Von Sabine Hammer, Bonn

litik und -verwaltung, wichtige Initiativen sowie Akteure mit und ohne Migrationshintergrund vernetzt werden. Auf diese Weise wurde das Entwicklungsengagement im Burgenlandkreis belebt und vertieft.

Der Draht zur Servicestelle

Die Kampagne „Kommunal global engagiert“ bietet praktische Tipps und Informationen für alle, die sich für den Einstieg ins Thema kommunale Entwicklungspolitik interessieren (www.kommunal-global-engagiert.de). Das Team der Servicestelle freut sich auf ein persönliches Gespräch und steht unter Tel.: 0228/20717-670 gern zur Verfügung.

Aus dem Startschuss hat sich viel entwickelt: 2018 nahm der Burgenlandkreis am Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ der Servicestelle teil, wo gute Ideen rund um Migration und Entwicklung eine Bühne bekommen. Hier wird unter der Schirmherrschaft des Bundesentwicklungsministers Dr. Gerd Müller die Zusammenarbeit von Kommunen mit migrantischen Organisationen und Eine-Welt-Gruppen prämiert. „Integration ist keine Einbahnstraße“, erklärt Bundesminister Müller dazu. „Wir können profitieren, wenn Menschen, die aus anderen Ländern zu uns gekommen sind, ihren Horizont und ihr Wissen mit einbringen und der kommunalen Entwicklungspolitik neue Impulse geben.“

Das Engagement hat frischen Wind in den Burgenlandkreis gebracht. Der Kreis engagiert sich nun auch bei der Initiative „Kommunales Know-how für Nahost“ der Servicestelle und hat sich entschlossen, im jordanischen Bani Kinana zur Wirtschaftsförderung zu beraten¹.

Dass der Burgenlandkreis und viele andere Kommunen heute auf die Unterstützung der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ zurückgreifen können, ist einer beachtlichen Entwicklung zu verdanken.

Als sich Ende der 1980er-Jahre in deutschen Städten Nord-Süd Foren gründeten, richtete die Stadt Mainz eine erste Koordinierungsstelle ein. 1995 wurde sie mit Engagement kommunaler Kräfte und besonderer Unterstützung der Stadt Bonn und seiner Lokalpolitik sowie des Gustav-Stresemann-Institutes in einen Verein überführt: Das Zentrum für Kommunale Entwicklungszusammenarbeit nahm seinen Sitz in Bonn, als sich dort mehr und mehr Entwicklungsorganisationen ansiedelten, und legte sein Augenmerk auf die Umsetzung der Lokalen Agenda 21. Es zeigte sich bald, dass die schnell wachsende Nachfrage mit ehrenamtlichem Engagement allein nicht zu decken war. Kommunen und Initiativen wünschten sich einen entsprechend bedarfsgerechten Rahmen zur Unterstützung der kommunalen Entwicklungspolitik. Vor allem der Bund und einige Länder stellten daher schließlich Mittel bereit. So konnte die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ am 17.12.2001 die Arbeit aufnehmen. Sie ist also unmittelbar aus dem kommunalen Engagement hervorgegangen und wird bis heute nicht nur vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, einigen Bundesländern, den kommunalen Spitzenverbänden und lokalen Gebietskörperschaften, sondern auch aus dem Kreis der Zivilgesellschaft getragen. Sie hat einen ehrenamtlichen Programmbeirat, der sich aus Fachleuten aus Bund, Ländern, Kommunen, kommunalen Spitzenverbänden, Zivilgesellschaft und weiteren Institutionen der deutschen Entwicklungspolitik zusammensetzt und aus seinen Reihen eine Programmkommission als Beschluss- und Steuerungsorgan für das jeweilige Jahresprogramm wählt. Mit ihrer partizipativen Beteiligungsstruktur ist die Servicestelle vorbildlich besetzt. Mit der steigenden internationalen Anerkennung der kommunalen Entwicklungspolitik ist sie immer weiter gewachsen.

Der Weltgipfel von Rio de Janeiro beschloss 1992 ein entwicklungs- und umweltpolitisches Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert und erklärte nachhaltige Entwicklung zur Richtschnur öffentlichen Handelns. Die Lokale Agenda 21 unterstreicht die besondere Verantwortung der Kommunen für weltweite Gerechtigkeit



Beim Wettbewerb „Kommune bewegt Welt“ zeichnet die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ die Zusammenarbeit von Kommunen mit migrantischen Organisationen und Eine-Welt-Vereinen zum Thema Migration und Entwicklung biennial aus. Auch Landkreise können sich hier bewerben. Foto: Dirk Enters

¹ Siehe Beitrag in diesem Heft, 46 f.

und den Schutz der Erde. Überall wird heute große Hoffnung auf kommunale Kräfte gesetzt, wenn es darum geht, globalen Herausforderungen wie Migration, Armut, Klima und Umwelt nachhaltig zu begegnen. Der „Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung“ 2002 in Johannesburg und der Sondergipfel der Vereinten Nationen (VN) zu den Millenniumsentwicklungszielen 2005 haben die zentrale Bedeutung der Kommunen für nachhaltige Entwicklung unterstrichen.

Mit der 2015 verabschiedeten Agenda 2030 und ihren nachhaltigen Entwicklungszielen, den „Sustainable Development Goals“ (SDGs), sind die Kommunen zum Hoffungsanker der globalen Zukunft geworden. Alle Nachhaltigkeitsziele richten sich gleichermaßen an Nord und Süd und sind, so die einhellige Überzeugung, nur durch aktives Handeln der Kommunen weltweit umsetzbar. Das gilt für alle Nachhaltigkeitsziele; Ziel 11 richtet sich sogar ausdrücklich an Städte und Gemeinden.

„Mit der zunehmenden Bedeutung kommunaler Entwicklungspolitik wächst auch ihr Wirkungsfeld“, erklärt Dr. *Stefan Wilhelmy*, Leiter der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ von Engagement Global. „So gründen und pflegen immer mehr deutsche Kommunen Partnerschaften mit Städten und Gemeinden in Afrika, Asien, Lateinamerika und Ost-/Südeuropa, engagieren sich in Klimapartnerschaften, beteiligen sich beim Aufbau demokratischer Strukturen und vermitteln kommunales Know-how. Entwicklungspolitik fängt aber auch in der eigenen Kommune an: Durch die Förderung des Fairen Handels und die Umstellung des eigenen Beschaffungswesens auf fair gehandelte Produkte leisten Kommunen konkrete Beiträge zur Agenda 2030.“ Dieses Engagement unterstützt die Servicestelle mit vielen Programmen und Instrumenten. Das Vorhaben „Global – Lokal: Agenda 2030 VerOrten“ wurde dabei als Leuchtturmprojekt 2018 zur Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie ausgezeichnet.

Die Servicestelle hat ihre Unterstützungsangebote in vier Kategorien strukturiert.

Maßnahmen im Handlungsfeld **Global Nachhaltige Kommune** richten sich an deutsche Landkreise, Städte und Gemeinden, die zunächst zu Hause beginnen wollen, lokal zu denken und global zu wirken. Hier hilft die Servicestelle dabei, die Nachhaltigkeitsziele lokal umzusetzen, mit gezieltem Blick auf die „Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“ sowie die Nachhaltigkeitsstrategien der Länder, wie es z. B. die Region Hannover tut.

Die Servicestelle ist Gründungsmitglied des Forums Fairer Handel und hat im Wirkungskreis **Fairer Handel und Faire Beschaffung** viel zu bieten. So unterstützt

sie z. B. die Kreisverwaltung Hameln-Pyrmont, die beschlossen hat, bis zum Jahr 2020 alle Ausschreibungen nachhaltig zu gestalten. Die Servicestelle berät zum rechtssicheren Umgang mit diesem Thema und hält Leitfäden, Rechtsgutachten und das Online-Angebot „Kompass Nachhaltigkeit“, mit dem Kommunen nicht nur Gütezeichen vergleichen, sondern auch beispielhafte Ratsbeschlüsse einsehen können, bereit. Sie hat u. a. das „Netzwerk faire Beschaffung“ ins Leben gerufen und hilft bei der Vorbereitung von Ratsbeschlüssen zum Fairen Handel. Nach Schätzungen entfällt mehr als die Hälfte der öffentlichen Beschaffungen, etwa 350 Milliarden €, auf die Landkreise, Städte und Gemeinden. Damit haben die lokalen Gebietskörperschaften eine große Marktmacht, die helfen kann, ausbeuterische Kinderarbeit im Globalen Süden zu bannen.

Der Kreis Hameln-Pyrmont hat sein Engagement inzwischen weiter aufgefächert und mithilfe der Servicestelle eines von sieben bundesweiten Modellprojekten initiiert, in denen syrische Geflüchtete in kommunalen Aufgaben qualifiziert werden, damit sie später aktiv werden können, die Verwaltungsstrukturen in Syrien wieder aufzubauen – bürgernah, demokratisch und nachhaltig.

Durch Geflüchtete und Menschen mit Migrationshintergrund kann eine interkulturelle Öffnung der kommunalen Entwicklungspolitik gelingen. Sie sind Experten für ihre jeweiligen Länder und können Brücken schlagen. Die Servicestelle hat mit dem Themenfeld **Migration und Entwicklung** seit 2007 ein Forum für den gezielten Erfahrungsaustausch zwischen Kommunalverwaltung und -politik, der migrantischen Diaspora und örtlichen Eine-Welt-Gruppen geschaffen. Dem Landkreis Konstanz hat die Servicestelle z. B. kostenfrei MiGlobe-Berater zur Seite gestellt. Die Kräfte haben Migrationshintergrund und können helfen, das entwicklungspolitische Engagement von Kommunen interkulturell zu öffnen, um die gesellschaftliche Vielfalt nutzbar zu machen. Migration, Integration und Entwicklungsengagement gehören zusammen.

Kommunale Partnerschaften und internationale entwicklungspolitische Kommunalbeziehungen, wie der Enzkreis sie mit Masasi in Tansania pflegt², helfen, Fachwissen auszutauschen. Im Rahmen einer Klimapartnerschaft fördert der Enzkreis erneuerbare Energien in der Partnerkommune Masasi, zum Beispiel mit Biogasanlagen für öffentliche Einrichtungen.

Die Servicestelle unterstützt solche Kooperationen praktisch und finanziell.

Neben dem neuen Programm „Kommunale Nachhaltigkeitspartnerschaften“ gibt es

auch Sonderinitiativen wie „Kommunales Know-how für Nahost“ und Unterstützung für Landkreise, Städte und Gemeinden, die sich zusammen mit palästinensischen Kommunen für den Frieden in der Region einsetzen wollen.

Immer mehr Landkreise, Städte und Gemeinden sowie kommunale Unternehmen werden im Sinn einer global nachhaltigen Kommunalentwicklung aktiv. Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen engagiert sich bei einem Projekt im Maghreb und trägt so dazu bei, Fluchtursachen zu bekämpfen: Durch Mülltrennung, Recycling und Kompostierung wird nicht nur die Umwelt geschont, es entstehen in der tunesischen Kleinstadt El Guettar auch neue Arbeitsplätze³.

Der Kreis Gernersheim engagiert sich beim Verwaltungsaustausch mit dem Ngoma Distrikt in Ruanda. Die Themen des Projektes „Kommunaler Verwaltungsaustausch Rheinland-Pfalz – Ruanda“ reichen von guter Regierungsführung und Bürgerbeteiligung bis zu Stadtplanung, erneuerbaren Energien, Wasserversorgung und Abfallmanagement.

Der Kreis Kassel arbeitet mit Anenii Noi in Moldawien zum kommunalen Umwelt- und Klimamanagement zusammen. Hier soll Müll getrennt gesammelt und verwertet werden; die Servicestelle unterstützt dieses Projekt im Rahmen von „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (Nakopa).

Vom ersten Schritt an stellt die Servicestelle Angebote bereit; sie bietet Einstiegsseminare für Landkreise an und hilft mit dem „Kleinprojektfonds“ mit bis zu 20.000 € globales Engagement in Landkreisen systematisch zu verwurzeln. Im Landratsamt des Landkreises Lindau (Bodensee) konnte im Rahmen des Programms „Koordination kommunaler Entwicklungspolitik“ eine zu 90% geförderte Personalstelle eingerichtet werden, die den Anteil der fairen Beschaffung deutlich erhöhen und das Thema Nachhaltigkeit als Querschnittsaufgabe der Verwaltung etablieren soll.

Landkreise, die aktiv werden, sind Vorbild für die deutsche Gesellschaft. Sie stellen eindrucksvoll unter Beweis, dass es Hoffnung auf eine nachhaltige, gerechtere und bessere Zukunft für alle gibt. □

Sabine Hammer, ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH, Service für Entwicklungsinitiativen, Bonn

² Siehe Beitrag in diesem Heft, 54 ff.

³ Siehe Beitrag in diesem Heft, 50.

Deutsch-jordanische Freundschaft – Auf dem Weg zur Internationalisierung

Motivation und Ausgangslage

Der Burgenlandkreis war im Frühjahr 2015 in den öffentlichen Fokus geraten, nachdem in dem kleinen Ort Tröglitz ein Gebäude, das als Flüchtlingsunterkunft genutzt werden sollte, durch Brandstiftung zerstört worden war. Im Vorfeld des Ereignisses hatten Vertreter der NPD wöchentlich Kundgebungen in Tröglitz abgehalten. Seitdem stehen die Themen Integration und Migration in besonderer Weise im Mittelpunkt der kreislichen Bemühungen. Im April 2018 eröffnete der Burgenlandkreis eine Migrationsagentur. Hier werden die Aufgaben der Integration von Geflüchteten wie EU-Ausländern gebündelt wahrgenommen. Künftig sollen von dort aus auch geordnete Migrationsströme in den Burgenlandkreis organisiert werden.

Ergänzt werden diese Bemühungen durch die Überlegung, dass der beste Schutz vor der Wiederholung einer ungeordneten Zuwanderung die Bekämpfung von Fluchtursachen in den Herkunftsländern ist. Im Rahmen der kommunalen Entwicklungsarbeit wollte der Burgenlandkreis einer Region in der Nähe der Kriegsgebiete helfen, die durch überproportional viele Flüchtlinge besondere Lasten hat, indem gemeinsam die Strukturen der kommunalen Daseinsvorsorge dort verbessert werden.

Bei der Recherche nach einer geeigneten Partnerregion spielte eine Rolle, dass im Burgenlandkreis nach wie vor rund 2.000 Geflüchtete leben, die überwiegend aus Syrien kommen. Es sollte sich daher um eine an Syrien angrenzende Region in Nahost handeln, die ebenfalls syrische Flüchtlinge aufgenommen hatte. Weiteres Krite-

Von Anika Meinhardt, Burgenlandkreis

rium war, ob in dem Staat der Deutsche Volkshochschulverband (DVV) mit seinem Institut DVV International vertreten ist. DVV International leistet weltweit Unterstützung beim Auf- und Ausbau von nachhaltigen Strukturen der Jugend- und Erwachsenenbildung. Landrat *Götz Ulrich*, der zugleich Vorsitzender des Volkshochschulverbandes Sachsen-Anhalt ist, strebt dabei eine Zusammenarbeit zwischen dem Burgenlandkreis und DVV International an, um auch den Aspekt der Bildung bei dieser Hilfe zur Geltung zu bringen.

Von Beginn an unterstützte die „Service-stelle Kommunen in der Einen Welt“, die Teil der Engagement Global GmbH mit Sitz in Bonn ist, den Burgenlandkreis bei der Suche nach einer Partnerregion und der Beantragung von Fördermitteln. Die Servicestelle stellte den Kontakt zu *Mohammad Ababneh*, Koordinator im Büro der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ), in Jordaniens Hauptstadt Amman her. Er empfahl dem Burgenlandkreis schließlich den Bezirk Bani Kinana im Norden Jordaniens. Dies bot sich auch deshalb an, weil eine der fünf Gemeinden des Bezirks bereits Partner des Projektes „Waste to positive Energy“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit ist.

Für das Anbahnungsprojekt „Deutsch-jordanische Freundschaft – Auf dem Weg zur Internationalisierung“ im Rahmen des Programms „Schnellstartpaket I – Nahost“ erhielt der Burgenlandkreis Fördermittel in Höhe von rund 49.000 € vom Bundesmi-

nisterium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Der Partnerbezirk in Jordanien

Der Bezirk Bani Kinana ist einer von neun Bezirken im Gouvernement Irbid. Im Norden grenzt er an Syrien und im Westen an Israel. 131.797 Einwohner leben in den fünf Gemeinden Al Srou Municipality, Al Yarmouk Municipality, Al Kfarat Municipality, Khalid Bin Al Waleed Municipality und Al Shou'la Municipality. Rund 20 % der Einwohner, 27.000 Menschen, sind Flüchtlinge aus Syrien.

Abb.: Der Bezirk Bani Kinana ist der Partnerbezirk des Burgenlandkreises und liegt im Gouvernement Irbid im Norden Jordaniens.



Bani Kinana verfügt über ein Krankenhaus sowie 106 öffentliche Schulen und Berufsschulen. Für die lokale Bevölkerung ist die Landwirtschaft eine der stärksten wirtschaftlichen Branchen. Daneben wird der Bezirk maßgeblich durch vorhandene Militärstützpunkte an der Grenze zu Israel und Syrien geprägt. Die Arbeitslosenrate liegt bei 16,5 %. Die Gemeinden sind hoch verschuldet, die Mehrheit der kommunalen Budgets ist durch Gehaltszahlungen gebunden.

Durch die hohe Anzahl an Flüchtlingen gibt es einen dramatischen Anstieg der Abfallmenge. Auch die Versorgung der Flüchtlinge mit Wasser, die Abwasserentsorgung, die medizinische Versorgung und Bildung sind Herausforderungen, denen sich die Partnerregion stellen muss. In all diesen Feldern gibt es daher besonderen Unterstützungsbedarf. Bei dem Thema Abfallmanagement und der Abfallablage- rung kann darauf aufgebaut werden, dass eine der fünf Gemeinden im Projekt „Waste to positive Energy“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit



Syrische Flüchtlinge in Jordanien.

Foto: dpa



Gespräch mit dem Bürgermeister Herrn Malkawi in Al Waleed.

Foto: Burgenlandkreis

gewisse Erfahrungen bei der Sammlung und dem Recycling von Müll bereits gesammelt hat. Zudem sind zivilgesellschaftliche Organisationen aus den Bereichen Energiewirtschaft und Umwelt über das BMZ und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in der Region engagiert. Sie könnten daher in die Umsetzung möglicher Partnerschaftsprojekte eingebunden werden.

Kommunale Entwicklungszusammenarbeit zwischen Bani Kinana und dem Burgenlandkreis

Im Juli 2018 besuchte eine Delegation aus dem Burgenlandkreis mit dem Leiter des Amtes für Wirtschaftsförderung und zwei Geschäftsführern von kreiseigenen Gesellschaften den Bezirk Bani Kinana. Es handelte sich um die Betreibergesellschaft des Chemie- und Industrieparks Zeitz, die auch die Reinigung von Industriebabwässern durchführt, und die kreiseigene Abfallentsorgungsgesellschaft. Der Koordinator der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in Amman stand dem Burgenlandkreis hierbei zur Seite. Er organisierte die Reise und begleitete die Delegation. Er ist ein wichtiger Ansprechpartner im Projekt und das Bindeglied zwischen dem Burgenlandkreis und dem Bezirk Bani Kinana. Teil der Delegation des Burgenlandkreises waren aber auch eine Arabisch sprechende Mitarbeiterin unserer Migrationsagentur und ein anerkannter syrischer Flüchtling, der im Burgenlandkreis Fuß fassen konnte.

In einem ersten Gespräch mit dem Gouverneur des Gouvernements Irbid wurden Informationen zur Daseinsvorsorge ausge-

tauscht. Daran schloss sich ein Besuch bei den Bürgermeistern aller fünf Gemeinden an. Neben dem örtlichen Krankenhaus wurde das Princess Bassam Center for Youth, eine Jugendbildungs- und Freizeiteinrichtung, und der Naturpark Al Yarmouk besucht. Es wurde deutlich, dass der Krieg in Syrien einen großen Einfluss auf das tägliche Leben im Norden von Jordanien hat.

Das Fazit dieser ersten Jordanienreise bestätigte, dass Schwerpunkte der Zusammenarbeit in Richtung Abfallentsorgung, Krankenhausausrüstung sowie in der Integrationsarbeit denkbar wären.

Beim Gegenbesuch der Jordanier in Deutschland im Oktober 2018 stellten u. a. die kreiseigene Entsorgungsgesellschaft und die Volkshochschule Burgenlandkreis ihre Arbeitsstrukturen und Aufgabenschwerpunkte vor. Besucht wurde auch eine thermische Abfallbehandlungsanlage im Burgenlandkreis sowie der Chemie- und Industriepark Zeitz.

Es konnten auch bereits konkrete Handlungsempfehlungen gegeben werden. So bot die kreiseigene Entsorgungsgesellschaft Unterstützung bei der Tourenplanung sowie dem Einsatz der verschiedenen Fahrzeuge an. Weiterhin empfahl sie eine Analyse des Abfalls, die Einführung einer niedrigschwelligen Abfallsortierung sowie durch Öffentlichkeitsarbeit und flankierende Bildungsmaßnahmen das Umweltbewusstsein der Bevölkerung zu schärfen.

Bei einem Besuch des Leipziger Umweltforschungszentrums wurde der jordanischen Delegation ein Projekt zum Trink-

wassermanagement vorgestellt. Das Projekt entstand durch die Vorarbeit des vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) geförderten Projekts SMART (Sustainable Management of Available Water Resources with Innovative Technologies), das im Einzugsgebiet des unteren Jordans durchgeführt wird. Das Leipziger Umweltforschungszentrum erklärte sich bereit, den Bezirk Bani Kinana als Untersuchungsraum für eine mögliche Modellkommune mit aufzunehmen.

Ende Januar 2019 erfolgte der zweite Besuch in Jordanien. Landrat *Götz Ulrich* reiste mit einer Delegation nach Bani Kinana in Begleitung weiterer Teilnehmer: dem Vorstandsvorsitzenden der kreislichen Abfallwirtschaft, dem Projektleiter vom Leipziger Umweltforschungszentrum, zwei Mitgliedern des Kreistages Burgenlandkreis sowie zwei Übersetzern. Neben der Vertiefung der genannten Themenschwerpunkte Abfallsammlung und -deponierung sowie Trinkwasserversorgung sollte auch der Aspekt Jugend- und Erwachsenenbildung geklärt werden. Als Tätigkeitsfelder kommen hier entweder die Grundbildung der syrischen Flüchtlinge oder die Umweltbildung der einheimischen Bevölkerung in Betracht. Dazu nahm auch der Landesverantwortliche des DVV International in Amman an den Terminen im Bezirk Bani Kinana teil.

Die weitere Zusammenarbeit soll in einer Projektkooperationsvereinbarung geregelt werden.

Perspektivische Zusammenarbeit

Der Burgenlandkreis möchte 2019 an die Ergebnisse des ersten Projektes anknüpfen. Hierfür stellt das BMZ ebenfalls Fördermittel im Rahmen des Förderprogramms „Schnellstartpaket II- Nahost“ zur Verfügung. Konkret sollen Lösungen für die identifizierten Herausforderungen und Problemfelder im Bereich der Abfallsammlung und -deponierung, der Trinkwasserversorgung und im Bereich der Jugend- und Erwachsenenbildung umgesetzt werden. Dazu sollen Workshops und Weiterbildungen für jordanische Fachkräfte entwickelt werden. Des Weiteren sollen gezielte Bildungs- und Weiterbildungsangebote für die Bevölkerung und die Flüchtlinge entwickelt werden, die das Bewusstsein für Nachhaltigkeit und Gesundheit schärfen.

Um die finanzielle Situation der Gemeinden zu entspannen, ist auch eine Ausdehnung der Zusammenarbeit auf das Thema „Modernisierung der Verwaltung“ denkbar. □

Anika Meinhardt, Mitarbeiterin im Wirtschaftsamt, Burgenlandkreis

Agenda 2030 in der Praxis: Der Rhein-Kreis Neuss als Klimapartner kolumbianischer Gemeinden

Die Beschlusslage ist eindeutig: Mit Datum vom 14. März 2018 folgte die Kreispolitik der Beschlussempfehlung der Verwaltung, sich den Zielen der Agenda 2030 anzuschließen und somit aktiv für eine globale nachhaltige Entwicklung einzutreten. Für den Rhein-Kreis Neuss ist es daher eine besondere Verpflichtung, aktiv zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele beizutragen. Vor allem aber, konkret tätig zu werden.

Die von Engagement Global, Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW), geförderten und begleiteten Klimapartnerschaften deutscher Kommunen bzw. Gebietskörperschaften mit kommunalen Partnern des Globalen Südens sind ein spannendes Betätigungsfeld, bei dem beide Partner voneinander lernen können. Die Servicestelle wiederum wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ).

Intensive Kontakte des Kreises zur Republik Kolumbien – die Kooperation in verschiedenen Themenfeldern wie Wirtschaft, Sport und Kultur reicht fast 30 Jahre zurück – waren in punkto Partnerwahl nun bereits zum zweiten Mal ausschlaggebend: Der Partnerschaft mit der „Regenwald-Gemeinde“ Solano im Departement Caquetá folgt nun die Zusammenarbeit mit Campohermoso im Departement Boyacá. Ein entsprechender einstimmiger Kreistagsbeschluss erging kurz vor Weihnachten 2018.

Umfassender Klimaschutz, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und der Aufbau globaler Partnerschaften sind nur drei der hier Anwendung findenden Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDGs), die sich in der Kooperation für die kommunale Entwicklung niederschlagen. Der direkte Dialog zwischen beiden Kommunen basiert auf der sprachlichen und fachlichen Kompetenz des hiesigen Koordinators für kommunale Entwicklungspolitik.

Bisherige Erfahrungen helfen bei der Partnerwahl

Neben der erwähnten generellen Kolumbien-Kompetenz des Rhein-Kreises Neuss sind die bei der ersten, inzwischen ausgelaufenen Klimapartnerschaft mit Solano gesammelten Erfahrungen für die Ausgestaltung und Lenkung der neuen Partnerschaft willkommen und eine wertvolle Hilfe. Die transatlantische Partnerschaft sollte eben nicht nur einen Beitrag zum globalen Klimaschutz, z. B. durch den Einsatz er-

Von Lothar Menzel und Thiago de Carvalho Zakrzewski, Rhein-Kreis Neuss

neuerbarer Energien in der alltäglichen Praxis, leisten, sondern auch und vor allem aus dem Blickwinkel der Südkommune die Lebensqualität und die nachhaltige ökonomische Entwicklung vor Ort verbessern. Die mangelhafte, teilweise ganz fehlende Verkehrs- und Versorgungsinfrastruktur, die nicht immer eindeutige Sicherheitslage im ländlichen Raum sowie die extrem schwierige Erreichbarkeit machten die Kooperation mit der „Regenwald-Gemeinde“ so anspruchsvoll und von außen schwer kontrollier- bzw. steuerbar.

Unvorhersehbare Ereignisse in punkto Zuverlässigkeit, Loyalität oder auch krankheitsbedingter Ausfall beim Personal vor Ort, Transporteinschränkungen durch Hoch- oder Niedrigwasser der Hauptverkehrsader/Wasserstraße (Rio Caquetá) als einzigem Verkehrsweg, mitunter aber auch einfach Mentalitätsunterschiede der Beteiligten auf der einen wie auf der anderen Seite – all dies sind Herausforderungen, die den Erfahrungsschatz des Rhein-Kreises Neuss im Umgang mit kommunaler Entwicklung dieses lateinamerikanischen Landes geprägt haben. Es ist in Kolumbien nicht ungewöhnlich, dass selbst eine Kommunalwahl die Rahmenbedingungen einer Partnerschaft auf den Kopf stellen kann. Ein neuer Bürgermeister mit komplett neuer „Mannschaft“ fühlt sich manchmal verpflichtet, die Politik seines Vorgängers geradezu ins Gegenteil zu verkehren. So geschehen in Solano.

Auf der Basis dieser Expertise fußt letztendlich die Entscheidung für die neue Partnerschaft mit der Gemeinde Campohermoso. Wieder handelt es sich – wie bei Solano – um eine von der Einwohnerzahl her kleine und dünn besiedelte Gemeinde. Das hat den Vorteil, dass mit überschaubaren finanziellen Ressourcen wirksame Hilfe geleistet werden kann. Denn gerade in Kolumbien zählen die dünn besiedelten ländlichen Räume zu den mehr oder weniger „vergessenen“ Regionen, die kaum von staatlicher Unterstützung erreicht werden. Dementsprechend groß ist das Engagement der kleinen Kommunen, die eine Partnerschaft mit einer wirtschaftlich starken Gebietskörperschaft aus Deutschland eingehen. Dies zeigte sich bereits während der ersten Delegationsreise nach Campohermoso. Dazu gleich mehr.

Im Unterschied zu Solano stellt sich die Sicherheitslage in der neuen Partnergemeinde als problemlos dar. Campohermo-

so ist jederzeit über das Straßennetz, zu meist über befestigte Schotterpisten zu erreichen. Um die Kontinuität der Klimapartnerschaft zu sichern, denkt der Bürgermeister der Gemeinde bereits jetzt über die aktuelle Wahlperiode hinaus.

Die Delegationsreise

Seit zwei Jahren beschäftigt der Rhein-Kreis Neuss einen Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik. Als Teil einer nationalen, mitunter auch international gut vernetzten Szene in dieser Sparte erwies jener sich als Motor bei der Partnersuche und organisierte die Delegationsreise in der ersten Novemberdekade 2018. Ziel des Besuches von Kreisdirektor, Planungsamtsleiter und Koordinator (auch als Dolmetscher tätig) war es, sich vor Ort ein konkretes Bild von den Verhältnissen, Strukturen und möglichen Themen einer Kooperation zu machen.

Der Weg in Kolumbien begann beim Innenministerium in Bogotá. Die Leiterin der Zentralabteilung zeigte sich sichtbar erfreut über die Initiative des Kreises und signalisierte volle Unterstützung für die Kooperation mit Campohermoso. Gleiches galt für das Treffen mit dem Gouverneur des Departementes Boyacá. Als jüngster Gouverneur Kolumbiens zeigte dieser sich Umweltthemen gegenüber sehr aufgeschlossen. Solarenergie, Ökotourismus und Biodiversität lagen ihm besonders am Herzen. Im Gespräch mit dessen persönlichem Referenten und weiteren Vertretern der Regionaladministration kamen mit dem Fairen Handel und der Abfallwirtschaft weitere mögliche Handlungsfelder hinzu. Die Delegation musste des Öfteren die Begeisterung bremsen und klarstellen, dass sich die Kooperation nur auf Campohermoso und nicht auf ganz Boyacá erstrecken könne.

Weiter ging es nach Tunja, 150 km nordöstlich von Bogotá. In der knapp 200.000 Einwohner zählenden Hauptstadt des Departementes Boyacá traf die Delegation auf zwei Abgeordnete des dortigen Regionalparlamentes. Auf deren positiv beschiedenen Antrag hin konnte die Delegation den Rhein-Kreis Neuss und die geplante Zusammenarbeit mit Campohermoso im Parlament vorstellen. Dort waren die Resonanz und die Bereitschaft, das Vorhaben zu unterstützen, fast „schon gewohnt“ groß. Es wurde gar die Bitte geäußert, dem BMZ mitzuteilen, dass in der Region weitere Kommunen an einer Entwicklungszusammenarbeit mit deutschen Partnern interessiert seien. Vor der Weiterreise nach Campohermoso gab es noch einen Aus-

tausch zu den diversen Formen der beruflichen Bildung mit dem Präsidenten der nationalen Ausbildungsvereinigung SENA.

In Campohermoso, dem finalen Ziel der Begegnungsreise mit knapp 4.000 Seelen, erwartete die Delegation eine Bürgerversammlung. Auch hier galt es wieder, die Euphorie in Grenzen zu halten. Die Dankbarkeit für, aber auch die Erwartungen an die Initiative sind eben enorm groß. Unter der Leitung des Bürgermeisters schälten sich der Kaffeeanbau und die Stromversorgung von Randlagen in der Gemeinde mit Solarenergie als bedeutsame Themen heraus. Ökotourismus und Abfallwirtschaft wurden als weitere mögliche Handlungsfelder identifiziert. Und auch der kulturelle Austausch soll auf gar keinen Fall unter den Tisch fallen. Die Gemeindebevölkerung mit einem hohen Indigenenanteil steht selbstbewusst zu seinen Wurzeln, zur eigenen Geschichte und lokalen Erzeugnissen. Mit dem „Memorandum of Understanding“ schlugen Bürgermeister und Kreisdirektor erste offizielle Pflöcke der Klimapartnerschaft ein.

Parallelen

Die wenig erschlossenen und dünn besiedelten ländlichen Räume Kolumbiens sind für die Stromerzeugung mittels Photovoltaik geradezu prädestiniert. Sowohl in Solano ließ als auch in Campohermoso lässt sich diese klimakonforme Energieform zur Steigerung der Lebensqualität im Alltag gewinnbringend einsetzen. So lässt sich der durch die Äquatornähe überfallartig einsetzenden Dunkelheit mit sauberer Energie „ein Schnippchen schlagen“. Und das Aufladen der Handys ist dort nicht

weniger wichtig wie bei uns, denn diese Form der Kommunikation funktioniert mittlerweile selbst im Urwald. Grundbedürfnissen zwischenmenschlicher Beziehungen kann somit auch in den entlegensten Winkeln unseres Planeten nachgekommen werden.

Ein funktionierendes Genossenschaftswesen ist eine wichtige Errungenschaft in dünn besiedelten Räumen bei der nachhaltigen Produktion von für den Export interessanten Gütern. In Solano war der Aufbau von zwei Genossenschaften zur Produktion, Zertifizierung und Vermarktung von endemischem Kakao – Agroforstwirtschaft im tropischen Regenwald – im Rahmen eines vierjährigen Projektzeitraums erst noch zu leisten. In der neuen Partnergemeinde kann auf eine funktionierende Genossenschaft zur Produktion von kolumbianischem Spitzenkaffee zurückgegriffen werden.

Solarenergie für die Peripherie von Campohermoso

Im Gegensatz zu Solano wird der Hauptort der Gemeinde Campohermoso regulär mit Strom versorgt. Zahlreiche abgelegene landwirtschaftliche Anwesen sind jedoch nicht an das nationale Stromnetz angeschlossen und somit ohne jede Stromversorgung. Nach der derzeit stattfindenden Bestandsaufnahme besteht die Möglichkeit, im Rahmen eines Förderprojektes einen signifikanten Beitrag zur künftigen Stromversorgung dieser Anwesen zu leisten: dies soll mit genau auf den jeweiligen Hausbedarf abgestimmten Solaranlagen erreicht werden.

Nachhaltiger Kaffeeanbau

Neben der Produktion von Kakao und exotischen Früchten ist die Gemeinde in Kolumbien für ihren nachhaltigen Anbau diverser Kaffeesorten bekannt. Mit der Genossenschaft ASPROCAMP, in der mehr als 60 Kaffeebauern der Gemeinde organisiert sind, besteht somit eine Einrichtung, die bestrebt ist, Anbau- und Produktionsprozesse des Kaffees zu optimieren. Den Zertifizierungsprozess auf nationaler Ebene, der Anfang 2019 beginnt, will der Rhein-Kreis Neuss aktiv unterstützen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, dass er über eine entsprechende Förderung durch das BMZ dazu beitragen kann, dem hochwertigen Kaffee – zunächst über ausgewählte Einzelhändler – einen Marktzugang in Deutschland zu verschaffen.

Übertragbarkeit von Pilotprojekten

Zur Provinz Lengupá gehören neben Campohermoso fünf weitere Gemeinden, die sich auf der Ebene der Bürgermeister regelmäßig austauschen. Dem Wunsch nach Übertragbarkeit der in Campohermoso entwickelten Pilotvorhaben auf die Nachbargemeinden der Provinz soll Rechnung getragen werden. Es war deren ausdrücklicher Wunsch, dass dem BMZ ihr Interesse an weiteren Partnerschaften übermittelt wird.

Reichhaltiges historisches und kulturelles Erbe

Campohermoso, bereits im Jahre 1602 gegründet, beschreibt sich selbst als eine Gemeinde mit einer „alma llanera y corazón boyacense“ (in etwa: mit der Seele der Talbewohner und einem Herzen aus Boyacá). Man trifft in Campohermoso auf ein reichhaltiges historisches und kulturelles Erbe. Die Gemeinde ist besonders stolz auf ihre wesenseigene indigene Vergangenheit. Es war der Stamm der Tegua, der ursprünglich das Territorium von Campohermoso und seiner Umgebung bewohnte. Bis heute sind viele Straßennamen im Ort nach den „Caciques“ (Häuptlingen) der Tegua benannt. Traditionelles Handwerk, Sport und Musik, aber auch das Kulinarische zeigen einen ausgeprägten, regionstypischen Charakter. Besonders zu erwähnen ist in diesem Zusammenhang das jährlich im Januar stattfindende und auf weite Teile Kolumbiens ausstrahlende dreitägige Folklorefestival der Talbewohner „Festival del Folclor Llanero“.



Bürgermeister Pedro Miguel López Vela (r.) im Austausch mit einem Kaffeebauern und Vorstandsmitglied von ASPROCAMP.
Foto: Rhein-Kreis Neuss

Lothar Menzel, Kreisentwicklung, und Thiago de Carvalho Zakrzewski, Koordinator für kommunale Entwicklungspolitik, Amt für Entwicklungs- und Landschaftsplanung, Rhein-Kreis Neuss

Abfallwirtschaft am Rande der Sahara

Der Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen (AWB) nimmt seit 2016 am Projekt „Kommunaler Wissenstransfer Maghreb-Deutschland“ teil. Das Projekt ist Teil der Bemühungen der Bundesregierung, in Algerien, Marokko und Tunesien schrittweise die kommunale Selbstverwaltung einzuführen und die Gebietskörperschaften durch den Wissenstransfer deutscher Kommunen zu unterstützen. Dazu haben die maghrebischen Kommunen Projekte vorgeschlagen, die sich an ihren konkreten Bedürfnissen orientieren: z. B. Abfallwirtschaft, Energie und Klima oder Mobilität. Träger des Projekts sind die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) und die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH.

Der Abfallwirtschaftsbetrieb hatte sein Interesse an dem Abfallprojekt der tunesischen Stadt El Guettar mit 20.000 Einwohnern im Südwesten des Landes bekundet. Im Rahmen einer Auftaktkonferenz in Bamberg knüpfte man erste Kontakte mit dem Projektpartner aus Tunesien und glich die beiderseitigen Erwartungen ab. Als kommunaler Eigenbetrieb erledigt der AWB sämtliche Aufgaben der Abfallwirtschaft seit über 25 Jahren in Eigenregie. Somit war es für ihn folgerichtig, die Stadt El Guettar mit seinem umfangreichen abfallwirtschaftlichen Know-how zu unterstützen.

In dem Projekt sollen die Bürger von El Guettar zunächst für die Trennung von Kunststoffabfällen und Biomüll sensibilisiert werden. Anschließend möchte man die Abfalltrennung in einem Pilotviertel einführen und später auf das ganze Stadtgebiet ausdehnen. Weitere Bestandteile des Projekts sind der Bau eines Wertstoffhofes

Von Wolfgang Hörmann,
Landkreis Böblingen

und das Recycling der Kunststoffabfälle. Die Haushaltsabfälle in der Kommune enthalten derzeit noch bis zu 70 % organische Bestandteile. Die getrennte Erfassung dieses Biomülls soll durch die Förderung von Eigenkompostierung sukzessive entwickelt werden, auch den Bau einer eigenen Kompostierungsanlage hat sich die Kommune zum Ziel gesetzt. Zur Erhaltung der Biodiversität im Stadtgebiet werden Dattelpalmen und Pistazienbäume gepflanzt.

Bei einer ersten Informationsreise nach Tunesien im Dezember 2016 konnten sich die Vertreter des AWB von der örtlichen Situation ein Bild machen und lernten die beteiligten Akteure bei der Stadtverwaltung und dem örtlichen Bürgerverein kennen. Ein Aktionsplan wurde aufgestellt und die konkreten Beiträge der Projektbeteiligten beschrieben. Der Besuch endete mit der feierlichen Unterzeichnung eines Protokolls der Zusammenarbeit zwischen El Guettar und dem Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen.

Im Mai 2017 besichtigten Vertreter der Verwaltung und Techniker aus El Guettar die landkreiseigenen Abfallbehandlungsanlagen und ließen sich über die Sensibilisierungs- und Kommunikationskonzepte des AWB unterrichten. In der Folge wurden die Projekte weiterentwickelt. Im März 2018 schloss sich der Besuch einer Delegation aus dem Landkreis Böblingen mit Landrat *Roland Bernhard* in Tunesien an. Neben Treffen mit verschiedenen politischen Stiftungen, dem tunesischen Städtetag und der Außenhandelskammer in Tunis standen Begegnungen mit dem

Gouverneur des gleichnamigen Gouvernements Gafsa und dem Bürgermeister von El Guettar auf dem Programm. Ein besonderes Highlight war dem Umstand zu verdanken, dass der Landkreis Böblingen und El Guettar beide auf dem 9. östlichen Längengrad liegen. Als Zeichen der freundschaftlichen Verbundenheit haben Landrat *Roland Bernhard* und Bürgermeister *Ben Jeddou* daher eine Markierung des 9 -Meridians mit zwei Hinweistafeln in französischer und arabischer Sprache eingeweiht. Landrat *Bernhard* übergab zudem symbolisch einen Scheck über einen Zuschuss in Höhe von 4.000 €, den der Umwelt- und Verkehrsausschuss des Landkreises Böblingen als Freiwilligkeitsleistung zur Unterstützung der Förderung der Biodiversität beschlossen hatte.

Im Dezember 2018 besuchte nunmehr der erste gewählte Bürgermeister *Ammar Mabrouk* mit Vertretern der Stadtverwaltung, des Gemeinderats und des Bürgervereins den Landkreis. Neben Besichtigungen eines Handwerksbetriebs, einer Baumschule und einer beruflichen Schule standen Informationen über die Bioabfallbehandlung und die Getrennterfassung von Wertstoffen auf dem Programm.

Das Projekt läuft noch bis Ende 2019, eine Verlängerung ist von der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit in Aussicht gestellt. Im März sind Hospitationen von Fachleuten aus El Guettar beim Abfallwirtschaftsbetrieb zur Durchführung ihrer Sensibilisierungskampagne geplant, im Mai 2019 soll der neu eingerichtete Wertstoffhof in der Stadt eingeweiht werden.

Die Erfahrungen aus der Partnerschaftsarbeit sind überaus positiv: Bei den Begegnungen mit der tunesischen Bevölkerung war viel Leidenschaft und Zuversicht zu spüren. Erfreulich sind vor allem die starke Motivation der Bürgerschaft und das große Engagement, mit dem alle Beteiligten an die Entwicklung der Kommune zu einer nachhaltigen Stadt herangehen. Hierbei ist besonders hervorzuheben, dass die Stadt El Guettar kürzlich als eine der fünf saubersten Städte Tunesiens ausgezeichnet worden ist. Das Preisgeld soll für den Aufbau einer Kompostierungsanlage verwendet werden.

Für den Landkreis Böblingen ist eine Erweiterung der Partnerschaft mit der Region in Tunesien auf den weiteren Handlungsfeldern Bildung, Tourismus oder Handwerk denkbar. Deutsche Kommunen können sich aufgrund ihres Know-hows in den wichtigen Fragen der Daseinsvorsorge hervorragend in die Entwicklungshilfearbeit einbringen. Entscheidend ist aber, die Partnerschaft auf Augenhöhe zu gestalten. □



Delegationsteilnehmer aus Tunesien im Beisein von Bürgermeister Ammar Mabrouk (1. Reihe, 2.v.l.) und Landrat Roland Bernhard (1. Reihe, Mitte) sowie Vertretern des Abfallwirtschaftsbetriebes Böblingen.

Foto: Abfallwirtschaftsbetrieb Landkreis Böblingen

Wolfgang Hörmann, Abfallwirtschaftsbetrieb des Landkreises Böblingen

30 Jahre Einsatz für Ruanda

Mitte 1988, sechs Jahre nachdem der rheinland-pfälzische Landtag die Partnerschaft mit Ruanda einstimmig beschlossen hatte, stimmte der Kreistag des Landkreises Ahrweiler ebenfalls einstimmig einer Patenschaft zu.

Mit dieser Entscheidung institutionalisieren die Kreistagsmitglieder etwas, das schon 1985 begonnen hatte. Schon damals gab es erste Kontakte in die damalige Gemeinde Kivu und Hilfsprojekte. 10.000 DM, der Erlös aus einem Tag der offenen Tür in der Kreisverwaltung, halfen 1985 in Kivu mit, einen Mehrzweckversammlungsraum zu bauen. Im September 1986 besuchte der damalige Bürgermeister Kivus den Kreis Ahrweiler. Während seines mehrtägigen Besuches besichtigte er kommunale Einrichtungen und knüpfte Kontakte zu Gemeinden, Schulen und Parteien. Mit der Übernahme der kommunalen Patenschaft und der damit verbundenen Zusage, die Gemeinde finanziell zu unterstützen, engagiert sich der Kreis seit 1988 auch ganz offiziell in dem afrikanischen Land, genauer im Distrikt Nyaruguru.

Nyaruguru ist einer der insgesamt acht Distrikte der ruandischen Südprovinz und in 14 Sektoren unterteilt. Davon bilden vier Sektoren – Munini, Nyabimata, Ruhuru und Busanze – das Partnergebiet des Kreises. Die vier Partnerschaftssektoren liegen im äußersten Südwesten Ruandas und grenzen zum Teil an den Nachbarstaat Burundi. Nach zwei Gebietsreformen in den Jahren 2001 und 2006 sind die ursprüngliche Patengemeinden Kivu und anschließend der frühere Distrikt Nshili im Distrikt Nyaruguru aufgegangen.

Der Begriff „Patenschaft“ zeigt, wie die damaligen Kreistagsmitglieder die Beziehungen zu Kivu verstanden: Es sollte eine einseitige Beziehung zugunsten der Gemeinde sein. Reisen auf Kosten des Kreises und damit der Steuerzahler nach Zentralafrika gab und gibt es bis heute nicht. Vielmehr waren Kommunen, Vereine, Schulen, viele andere Institutionen und vor allem der Kreis selbst aufgerufen, den Menschen in Kivu zu helfen und folgten ihm: Bis heute flossen über 52.000 € an Spenden nach Ruanda, die den Menschen in vollem Umfang direkt vor Ort zu Gute kamen.

Koordiniert wird die Hilfe über das Innenministerium in Mainz und dem Verein *Partnerschaft Rheinland-Pfalz-Ruanda e.V.* Der Verein ist auch Träger des sog. Koordinationsbüros in der ruandischen Hauptstadt Kigali. Das Büro ist Anlaufstelle für die Beteiligten aus Ruanda und steht auch den rheinland-pfälzischen Partnern für Hilfe und Auskunft zur Verfügung. Mittlerweile ist das Büro in Ruanda eine Anlaufstelle für Menschen, die Hilfe suchen.

Von Dr. Jürgen Pföhler, Kreis Ahrweiler

Dank der großen Spendenbereitschaft unserer Bürger konnten seit 1985 viele Projekte in den Partnersektoren in Nyaruguru umgesetzt werden. Eine Chronik der Hilfsbereitschaft von den Anfängen bis heute:

- **1985:** Unterstützung für den Bau eines Mehrzwecksaales in der Gemeinde Kivu; Betrag: 10.000 DM.
- **1986:** Besuch des Bürgermeisters von Kivu im Kreis Ahrweiler.
- **1987:** Ausstellung der Geschenke des Bürgermeisters in der Kreisverwaltung.
- **1988:** Beschluss des Kreistages, eine kommunale Patenschaft für die ruandische Gemeinde Kivu zu übernehmen.
- **1991:** Sammeln von Spendengeldern für die Herstellung neuer Schulmöbel für die Primarschulen Rugerero und Muyange; Betrag: 8.000 DM.
- **1993:** Spendenaktion zum Bau von sechs Klassenräumen und einer sanitären Anlage für die Primarschule Rusuzimiro in Kivu.
- **1996:** Besuch der Leiter des Koordinationsbüros in Kigali im Kreis Ahrweiler; Übergabe eines Schecks in Höhe von 7.000 DM für den Wiederaufbau der Primarschule Gahurizi in der Gemeinde Kivu.
- **1998:** Ausstellung „10 Jahre Patenschaft zwischen dem Kreis Ahrweiler und der Gemeinde Kivu“ in der Kreisverwaltung.
- **2000:** Projektunterstützung Primarschule Mubazi, Gemeinde Kivu; Bau und Einrichtung von sechs Klassenräumen, einer Toilette und einer Zisterne; allgemeiner Spendenaufruf; Bereitstellung von 11.000 DM.
- **2001/2002:** Spende zugunsten der Sekundarschule Bigugu des Peter-Joerres-Gymnasiums in Höhe von 2.500 €.
- **2003:** 15 Jahre Partnerschaft Kreis Ahrweiler/Distrikt Nshili; Fotoausstellung „Augenblicke“ im Foyer der Kreisverwaltung mit Aufruf zu Spenden.
- **2005:** Spende in Höhe von 1.000 € zugunsten der landwirtschaftlichen Kooperative „Abaterwankunga“ zur Anschaffung von Saatgut, Dünger, Ackergerät und Nutztieren.
- **2006:** Spende in Höhe von 400 € zugunsten der Association ADENYA zum Aufbau einer Ziegenzucht im Distrikt Nshili.
- **2006:** Gebietsreform in Ruanda, Auflösung des Distrikts Nshili, vier neue Partnerschaftssektoren im Distrikt Nyaruguru.
- **2008:** 20-jähriges Bestehen der Partnerschaft Kreis Ahrweiler/Gemeinden in Ruanda und Ausstellung „Ruanda-Partnerland im Herzen Afrikas“ in der Kreisverwaltung.
- **2010:** Spende in Höhe von 4.700 € zugunsten der Association ADENYA zum

Bau einer Lagerhalle für landwirtschaftliche Produkte (Getreide und Hülsenfrüchte) im Distrikt Nyaruguru, Sektor Nyabimata.

- **2012:** Spende in Höhe von 8.200 € zugunsten der Primarschule Runyami II für den Bau und die Ausstattung von sechs Klassenräumen, einer Toilettenanlage und einer Regenwasserzisterne im Distrikt Nyaruguru, Sektor Busanze.
- **2013:** 25 Jahre Ruanda-Partnerschaft des Kreises Ahrweiler und Ausstellung „Blickpunkte – Ruanda heute“ in der Kreisverwaltung.
- **2014:** Spende in Höhe von 7.000 € für den Bau und die Ausstattung einer Bibliothek mit Rezeption, Toiletten, Lesesaal und Computerarbeitsplätzen an der Groupe Scolaire Runyombyi, Sektor Busanze.
- **2016:** Spende in Höhe von 9.000 € für den Bau und die Möblierung von vier Klassenräumen sowie Installation einer Regenwasserzisterne an der Groupe Scolaire Nyabimata.
- **2019:** Aktuell unterstützt der Kreis Ahrweiler den Bau von neuen Klassenräumen, Sanitäranlagen sowie zwei Regenwasserzisternen an der Primarschule Kabavomo in Busanze, einem der vier Partnersektoren im Distrikt Nyaruguru. Mit Spendengeldern in Höhe von 9.500 € haben die Bürger des Kreises dieses Projekt ermöglicht. Die restlichen Kosten der Gesamtfördersumme von rund 48.000 € trägt das Land Rheinland-Pfalz.

Auch in Zukunft gilt es, die Lebensverhältnisse der Menschen in den vier Partnersektoren in Nyaruguru durch eine aktive Projektförderung zu verbessern. Denn die Region gehört aufgrund der relativen Unfruchtbarkeit des Bodens traditionell zu den benachteiligten Gebieten in Ruanda.

Der Kreistag hat in seinem Beschluss 1988 festgeschrieben, dass öffentliche Kreismittel für Spendenaktionen nicht verwendet werden dürfen. Umso mehr kam es und kommt es auch weiterhin auf die große Hilfsbereitschaft der Kreisbevölkerung an, damit wir auch in Zukunft mit Erfolg in unserer Partnerregion helfen können. Ein afrikanisches Sprichwort besagt: „Viele kleine Leute in vielen kleinen Orten, die viele kleine Dinge tun, können das Gesicht der Welt verändern.“ Das ist für uns ein Ansporn, denn das Land braucht nach wie vor unsere Unterstützung und ist dankbar für jede Hilfe. Wir können einen wichtigen Beitrag zur Aufbauarbeit leisten und damit die Lebenssituation vor Ort ein Stück verbessern. □

Dr. Jürgen Pföhler, Landrat,
Kreis Ahrweiler

Frischer Wind für die Partnerschaft

Koordination kommunaler Entwicklungspolitik im Kreis Groß-Gerau

Im Sinne der Völkerverständigung unterstützt der hessische Kreis Groß-Gerau seit vielen Jahren mit Erfolg Projekte in Masatepe in Nicaragua. Landrat *Thomas Will* liegt die Partnerschaft sehr am Herzen. Als 2016 die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ ein neues Programm zur personellen Unterstützung der Kommunen mit Schwerpunkt Entwicklungspolitik aufgelegt hatte, bewarb sich der Kreis Groß-Gerau um Fördergelder. Im Mai 2017 hat die erste Koordinatorin kommunaler Entwicklungspolitik (KEpol) in Hessen ihre Arbeit in der Kreisverwaltung aufgenommen.

„Aus kleinem Anfang entspringen alle Dinge.“¹

Aber von Anfang an: Die Geschichte der Beziehungen des Kreises Groß-Gerau mit Nicaragua begann 1984: Ein gemeinsamer Antrag der Kreistagsfraktionen von SPD und Grünen forderte, im Haushalt 1985 erstmals 20.000 DM für ein entwicklungspolitisches Projekt in Nicaragua zur Verfügung zu stellen.² Ein Jahr später erhielt diese Gruppe 15.000 DM aus Kreismitteln und transferierte sie zur Unterstützung einer Kfz-Lehrwerkstatt nach Nicaragua.

1986 besuchte der Beauftragte für Auslandsbeziehungen der nicaraguanischen Region IV während einer Deutschland-Reise auch den Kreis Groß-Gerau und traf sich mit dem damaligen Landrat *Willi Blodt* und Abgeordneten des Kreistags Groß-Gerau. Er schilderte die Lage in seinem Land und dankte für die Unterstützung. In der Diskussion mit ihm entstand die Idee einer kommunalen Partnerschaft. Er wurde gebeten, eine nicaraguanische Kommune zu finden, die zuvor noch keine Beziehungen mit einer deutschen Kommune hatte, aber daran interessiert sei.

Im April 1988 kam dann ein Schreiben des Bürgermeisters von Masatepe, einer Kommune im Bergland im Süden des Departements Masaya. Mit dem Ziel, engere Freundschafts- und Verschwisterungsbande zu knüpfen, stellte der Bürgermeister darin die Gemeinde Masatepe ausführlich vor. Im August 1988 besuchte Kreistagsabgeordneter *Michael Puhlmann* Masatepe. Die Grünen forderten im Oktober 1988 dann offiziell in einem Antrag den Kreisausschuss auf, mit einer Gebietskörperschaft in Nicaragua partnerschaftliche Beziehungen aufzunehmen.

Von Dr. Marta Wachowiak,
Kreis Groß-Gerau

Gründung eines Partnerschaftsvereins

Damals sprach niemand in der Kreisverwaltung Groß-Gerau Spanisch und niemand im Rathaus von Masatepe Deutsch. Ohne aktive Beteiligung von Menschen außerhalb der Kommunalverwaltungen hätte daraus keine wirkliche Partnerschaft werden können. Deshalb ergriff *Michael Puhlmann* die Initiative und gründete 1989 den „Partnerschaftsverein Kreis Groß-Gerau – Masatepe/Nicaragua e.V.“. Neben vielen parteipolitisch ungebundenen Menschen waren unter den Gründungsmitgliedern auch der Landrat *Willi Blodt*, der spätere Landrat *Enno Siehr* und der jetzige Landrat *Thomas Will*.

Im März 1989 beantwortete Landrat *Blodt* die Partnerschaftsanfrage aus Masatepe wohlwollend. 1989 führte die Kreisvolkshochschule eine Bildungsreise nach Nicaragua durch, in deren Rahmen auch Masatepe besucht wurde.

In Nicaragua war zwar die kommunale Selbstverwaltung eingeführt worden, jedoch hatten die Kommunen kaum eigene Steuereinnahmen und auch die Zuweisungen des Zentralstaats waren völlig unzureichend für die vielen Aufgaben, die die Kommunen vor sich sahen, um auch nur die Grundbedürfnisse zu befriedigen. 1990 stellte der Kreis Geld für die Erneuerung der öffentlichen Beleuchtung und die Stadt Groß-Gerau Geld für das Projekt „Techo digno“ (Wellblechdächer für zuvor nur mit Plastikplanen und -tüten „gedeckte“ Häuser in Masatepe) zur Verfügung.

Im Laufe der Jahre 1990 und 1991 wurde der zweisprachige Partnerschaftsvertrag entworfen und miteinander abgestimmt. In den Osterferien 1991 besuchte erneut eine Reisegruppe aus dem Kreis Groß-Gerau Masatepe. Sie wohnten dort bei Familien. So entstanden viele persönliche Beziehungen und Freundschaften. Auch in Masatepe gründete sich ein Partnerschaftsverein.

Partnerschaftsvertrag 1992 unterzeichnet

1991 verabschiedeten der Gemeinderat von Masatepe und auch der Kreistag Groß-Gerau den Partnerschaftsvertrag zwischen beiden Kommunen. Im Oktober 1992 kam dann die erste offizielle Delega-

tion aus Masatepe in den Kreis Groß-Gerau. Sie bestand aus dem 1990 direkt gewählten Bürgermeister und weiteren Politikern. Am 5.10.1992 wurde der Partnerschaftsvertrag im Kreistagssaal des Kreises Groß-Gerau feierlich unterzeichnet.

Die Folgejahre bis 1998 waren geprägt durch Schulbauten, die Elektrifizierung der ländlichen Regionen und vor allem das große Projekt „Wasser für San José“ (im ländlichen Süden von Masatepe gab es noch keine Trinkwasseranschlüsse – das Wasser musste in Kanistern auf dem Kopf oder in Fässern auf Ochsenkarren dorthin transportiert werden). Die dafür benötigte Summe konnte nicht allein aus dem Kreis Groß-Gerau finanziert werden. Der Partnerschaftsverein beschloss, über 360.000 DM für dieses Entwicklungsprojekt bei der Europäischen Union zu beantragen – und benötigte trotzdem noch sehr viele Spenden und Zuschüsse als Kofinanzierung. Neben vielen privaten Spendern aus dem Kreis Groß-Gerau und der Kreisverwaltung selbst beteiligten sich auch weitere Städte aus dem Kreis wie die Stadt Groß-Gerau, die Stadt Mörfelden-Walldorf und die Gemeinde Biebesheim an der Finanzierung.

In den Osterferien 1995 wurde in Masatepe die Rückverschwisterung gefeiert.

1998 richtete der Hurrican „Mitch“ auch in Masatepe schwere Schäden an. Zum Ausbessern und, wo nötig, Neubau von Straßen und Brücken trugen auch viele Spenden aus dem Kreis Groß-Gerau bei.

Ab 2001 war ein neuer Bürgermeister in Masatepe im Amt. Als er – entgegen den Vereinbarungen – Mittel aus dem Kreis Groß-Gerau überwiegend zur Begünstigung eigener Anhänger verwandte, verstärkte die deutsche Seite die Zusammenarbeit mit dem dortigen Freundschaftsverein „Asociación de Amistad Masatepe – Gross-Gerau“ (AAMGG). Wurden Projekte vorher ausschließlich über die Gemeindeverwaltung von Masatepe abgewickelt, lernte nun der Freundschaftsverein Projekte umzusetzen, dabei auch die Anforderungen deutscher Geldgeber einzuhalten und lückenlos Rechnung zu legen.

Aus einer Initiative von Eltern mit behinderten Kindern ging 2007 in Masatepe die Stiftung „Angelitos por siempre“ hervor,

¹ Zitat von *Marcus Tullius Cicero*.

² Teile dieses Textes wurden im Jahrbuch des Kreises Groß-Gerau 2017 veröffentlicht. Der Autor des Textes ist *Michael Müller-Puhlmann*, Kreis Groß-Gerau.

die ein Frühförderzentrum für Kinder und Jugendliche mit Behinderungen anstrebte. Die Freiwilligen des entwicklungspolitischen Freiwilligendienstes „weltwärts“ aus dem Kreis Groß-Gerau in Masatepe haben das Projekt begrüßt. 2010 gelang es dem deutschen Partnerschaftsverein, den Bau dieses Zentrum als Begleitprojekt von „weltwärts“ über das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) zu finanzieren. Da die laufenden Kosten eines Frühförderzentrums nicht aus Elternbeiträgen finanziert werden können, sammelt der Partnerschaftsverein bis heute dafür Spenden und erhält Fördermittel aus dem Kreis Groß-Gerau.

2014 entstand die Idee, eine Fotovoltaikanlage für das Wasserkomitee in Las Sabanitas einzurichten. Der Partnerschaftsverein stimmte den Antrag mit dem Kreis Groß-Gerau und mit der Verwaltung von Masatepe ab. Mit Finanzmitteln des Kreises und einer Zuwendung des Hessischen Wirtschaftsministeriums konnte 2017 die Fotovoltaikanlage in Las Sabanitas gebaut werden. Die Stromkosten für die Pumpe senkten sich auf zehn bis 20 % der ursprünglichen Kosten. Damit verbesserte sich die Wasserversorgung für auf einem Berg gelegenen Stadtteil, in dem 8.000 Einwohner leben. Jetzt bekommen die Menschen sechs Tage pro Woche und nicht wie früher drei Tage pro Woche frisches Wasser.

2018 besuchte eine zweite offizielle Delegation Masatepe. Der direkte Kontakt und viele Gespräche taten der Partnerschaft gut. In den nächsten Jahren sollen zwei Projekte im Bereich Umweltschutz und Wirtschaftsförderung mithilfe der Fördermittel von Engagement Global angegangen werden.

Aus Anlass der Konferenz kommunaler Partnerschaften mit Lateinamerika und der Karibik in Nürnberg Ende Oktober 2018 gelang es, einen Gegenbesuch der Bürgermeisterin von Masatepe und der Vorsitzenden des Partnerschaftsvereins in Masatepe in Deutschland zu organisieren. Sie nutzten die Gelegenheit, im Anschluss an die Konferenz die Partner im Kreis Groß-Gerau zu besuchen und über die Situation in Nicaragua und über Projekte zu sprechen. Auf dem Besuchsprogramm im November standen Kontakte zu mehreren Schulen, es wurden ein landwirtschaftlicher Direktvermarkterbetrieb, eine Behindertenwerkstatt, die Kreisvolkshochschule sowie der Abfall-Wirtschafts-Service Büttelborn besichtigt. Die wichtigsten Themen während des anschließenden Arbeitstreffens waren Inklusion und Umweltschutz.

25-jähriges Bestehen der Partnerschaft

Das 25-jährige Bestehen der Partnerschaft mit Masatepe im Jahr 2017 hatte der Kreis Groß-Gerau zum Anlass genommen, einen Partnerschaftskaffee herauszubringen. Der komplette Erlös aus dem Kaffeeverkauf wird durch den Projektpartner Fairtrade-Laden Raunheim vollständig dem Partnerschaftsverein Kreis Groß-Gerau – Masatepe/Nicaragua e.V. für das Zentrum „Angelitos por siempre“ gespendet. Der Verein ermöglichte vor acht Jahren den Bau und fördert bis heute das Zentrum für Kinder mit geistiger, psychischer oder körperlicher Behinderung. Es werden dort zurzeit ca. 100 Kinder zwischen fünf und 18 Jahren betreut. Die Behandlung ist kostenlos. Der Partnerschaftskaffee des Kreises Groß-Gerau wird u. a. im Landratsamt verkauft und öffentlichkeitswirksam bei Veranstaltungen im Haus angeboten.

Fazit

Kommunale Entwicklungspolitik braucht einen langen Atem und festen politischen Willen. *Thomas Will*, der Landrat des Kreises Groß-Gerau war schon bei der Gründung der Partnerschaft dabei. Jetzt als Landrat des Kreises Groß-Gerau fördert er die Partnerschaft weiterhin zum Beispiel durch die Schaffung der Stelle einer Koordinatorin kommunaler Entwicklungspolitik.

Sowohl in Nicaragua als auch in Deutschland haben sich die politischen Konstellationen im Laufe der letzten Dekaden verändert. Im Moment besteht für Nicaragua eine Reisewarnung des Auswärtigen Amtes. Aus diesem Grund musste das Projekt Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte (Nakopa) vorerst ein Jahr ausgesetzt werden. Landrat *Thomas Will* wird die Zusammenarbeit aufgrund der schwierigen politischen Entwicklung nicht aussetzen, weil ihm die Menschen am Herzen liegen und es ihnen besser gehen soll. Eine Partnerschaft muss gelebt werden, betont er. Außerdem wünscht er sich, künftig noch mehr junge Ehrenamtliche für entwicklungspolitische Themen begeistern zu können.

Nach Ansicht des Kreises benötigt es Menschen, die sich ehrenamtlich für die Projekte einsetzen, um die Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, Know-how-Austausch auf Augenhöhe zu fördern und Kommunikationsbrücken zu bauen. Wichtig sind gleichwertige Partnerschaften im Inland zwischen Verwaltung und Zivilgesellschaft, aber auch zwischen Administrationen im Ausland und den Strukturen vor Ort. Diese fördern das Verständnis zwischen Nicaraguanern und Deutschen und tragen zu einem freundschaftlichen und offenen gesellschaftlichen Klima im Kreis Groß-Gerau bei.

Hervorzuheben ist besonders der Einsatz des Partnerschaftsvereins Kreis Groß-Gerau – Masatepe/Nicaragua e.V., der mittlerweile etwa 1 Mio. € an Spenden, Zuwendungen (auch aus dem Kreis Groß-Gerau) und Fördermitteln eingesammelt und damit die Finanzierung mehrerer Projekte sichergestellt hat.

Kommunale Entwicklungspolitik ist eine freiwillige Aufgabe der Kommunen. Öffentliche Gelder zur Förderung entwicklungspolitischer Maßnahmen sind mit viel Bürokratie und kurzem Zeithorizont verbunden. Eine Koordinatorin kann innerhalb von zwei Jahren zwar erfolgreich Projekte managen, wertvolle Kontakte knüpfen, Veranstaltungen organisieren um einen gesamtgesellschaftlichen Bewusstseinswandel zu initiieren, aber zur Koordination der Projekte fehlt am Ende die kostbare Zeit. Die Fördermaßnahmen sollten längerfristiger eingesetzt werden – etwa drei bis fünf Jahre –, um eine solide Grundlage für die entwicklungspolitische Bildungsarbeit und Zusammenarbeit in den Kommunen zu ermöglichen.

Dennoch ist es mit der Koordinationsstelle kommunaler Entwicklungspolitik im Kreis Groß-Gerau gelungen, neue Impulse für die Partnerschaftsarbeit zu setzen: die Delegationsreise, ein Antrag zur nachhaltigen Kommunalentwicklung, der Aufbau von einem größeren Unterstützernetzwerk und die Organisation des Gegenbesuches in Deutschland waren wichtige Schritte, weil es eine Verbindlichkeit und Offenheit gegenüber der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit schafft. Dauerhafte Beziehungen schaffen eine bedeutende Wertekultur des Vertrauens und der Stabilität für beispielhafte Wege der Zukunft.

Diese wichtigen Schritte sind dem Kreis Groß-Gerau und der Gemeinde Masatepe gelungen, und das verdient besondere Erwähnung. Das Vierteljahrhundert partnerschaftlicher Zusammenarbeit ist nur ein Anfang. *Johann Wolfgang von Goethe* hat 1774 in einem Brief geschrieben: „Wahr ist's, dass wahre Verbindungen Zeit brauchen, wie Bäume, um Wurzeln zu treiben, Kronen zu bilden und Früchte zu bringen.“ Der Kreis Groß-Gerau richtet in dieser Hinsicht den Blick zuversichtlich nach vorne. □

Dr. Marta Wachowiak, Koordinatorin für kommunale Entwicklungspolitik, Kreis Groß-Gerau

Die Klimapartnerschaft zwischen dem Enzkreis und dem Masasi Distrikt in Tansania

Einführung

„Global denken, lokal handeln“ – dieses Motto der Agenda 2030 wird insbesondere im Rahmen von kommunalen Partnerschaften auch außerhalb Europas erlebbar. Beispielsweise besteht bereits seit 2011 zwischen dem Enzkreis in Baden-Württemberg und dem Masasi Distrikt im Süden Tansanias eine Klimapartnerschaft – unterstützt und gefördert durch die „Service-stelle Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW), die Engagement Global mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ). Ein weiterer wichtiger Akteur in diesem Feld ist der Partnerschaftsverein „Marafiki wa Masasi – Enzkreis-Masasi/Tansania e.V.“. Jedenfalls konnten die Partner auf beiden Seiten in den vergangenen Jahren vielfältige Projekte realisieren und auf den Weg bringen, die zu einer Verbesserung der Lebensbedingungen in Masasi geführt haben.

Die Schwerpunkte der Projekte lagen bisher auf dem verstärkten Einsatz erneuerbarer Energien, insbesondere bei Gesundheitseinrichtungen, sowie auf der Aus- und Fortbildung von technischem und medizinischem Personal. Partner bei den Projekten sind u. a. die Enzkreiskliniken Mühlacker und die Hochschule Pforzheim (Fachgebiet „International Management in Engineering“) sowie das Hilda-Gymnasium Pforzheim, das eine Schulpartnerschaft pflegt.

Von Bastian Rosenau, Enzkreis

Entwicklung der Klimapartnerschaft

Im Frühjahr 2011 erreichte eine Anfrage des Deutschen Landkreistages des Enzkreis. Darin erkundigte sich ein deutscher Entwicklungshelfer, der im Auftrag der Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) in der Verwaltung des Masasi Distriktes gearbeitet hatte, ob ein deutscher Landkreis Interesse an einer kommunalen Zusammenarbeit hätte. Der damalige Landrat *Karl Röckinger* signalisierte – nach Rückkopplung mit dem sich sehr aufgeschlossen zeigenden Kreistag – Bereitschaft und lud im September desselben Jahres eine Delegation aus Masasi gemeinsam mit dem Mitarbeiter der GIZ in den Enzkreis ein.

Zur gleichen Zeit startete die Engagement Global gGmbH mit der „Service-stelle für Kommunen in der Einen Welt“ (SKEW) das Projekt „50 kommunale Klimapartnerschaften bis 2015“. Schwerpunkt der Pilotphase war Afrika und hier insbesondere Tansania. Als der Leiter der Servicestelle, Dr. *Stefan Wilhelmy*, das Projekt im Enzkreis präsentierte, stellte der Landrat nach Rücksprache mit den Fraktionsvorsitzenden des Kreistages kurzerhand eine Delegation zusammen, die im November 2011 zur Auftaktveranstaltung nach Dar es Salaam flog.

Die Pilotphase des Klimapartnerschaften-Projektes umfasste neun Partnerschaften,

die zum Teil schon seit Jahren als Städtepartnerschaften – wie bspw. zwischen Würzburg und Mwanza – bestanden oder sich erst – wie der Enzkreis mit Masasi – in der Anbahnungsphase befanden. Im Rahmen eines Kick-off-Workshops unterschrieben Vertreter beider Seiten in Dar es Salaam ein Memorandum of Understanding mit der Servicestelle, in dem die Aktivitäten während der betreuten Phase der Klimapartnerschaft (gegenseitige Besuche, Erstellung eines Handlungsprogramms in Sachen Klimaschutz und Klimaanpassung) skizziert waren.

Der Masasi Distrikt

Der Masasi Distrikt liegt ganz im Süden Tansanias an der Grenze zu Mozambique. Der Distrikt ist Teil der Region Mtwara mit der gleichnamigen Küstenstadt. Die Lebensbedingungen im Süden Tansanias sind noch deutlich einfacher als in den großen Städten Dar es Salaam, Arusha und Mwanza und den Touristenregionen im Norden mit der Serengeti, dem Kilimanjaro und Ngorongoro Krater. Haupteinnahmequellen im Masasi Distrikt und Stadt sind die Landwirtschaft und das Kleingewerbe. Neben Cashew-Nüssen werden auch Cassava, Mais, Hirse und Früchte und hier insbesondere Mangos angebaut. Über 90 % der Bevölkerung leben auf dem Lande. Knapp 50 % der Fläche des Distriktes mit seinen 4.760 km² sind Waldgebiete, Cashew-Plantagen bzw. Naturreservate. Es gibt nur wenig Industrie. Insbesondere der Anbau von Cashew-Nüssen bringt den Farmern ein regelmäßiges Einkommen. Bisher werden aber nur geringe Anteile der Ernte vor Ort verarbeitet und vermarktet, sondern nahezu unbearbeitet nach Indien und Vietnam exportiert.

Bereits 2012 hat die Zentralregierung in Dodoma den Masasi Distrikt aufgrund der steigenden Bevölkerungszahl in die Verwaltungseinheiten Masasi Stadt und Masasi Distrikt aufgeteilt. Da von Anbeginn der Klimapartnerschaft sowohl Projekte in der Stadt sowie in Kommunen des Distriktes unterstützt wurden, arbeiten der Enzkreis und der Partnerschaftsverein seitdem mit beiden Verwaltungen zusammen.

Kommunale Klimapartnerschaften der „Service-stelle Kommunen in der Einen Welt“

Nach der Auftaktveranstaltung zur Pilotphase der Klimapartnerschaften wurde in den folgenden eineinhalb Jahren ein gemeinsames Handlungsprogramm erarbeitet. Es stellte sich dabei die Frage, wie für einen deutschen Landkreis, der bisher nur



Sehr interessiert zeigte sich eine Delegation aus Masasi im April 2015 an der Präsentation von Solar-Home-Systemen in der kreiseigenen Ferdinand-von-Steinbeis-Schule in Mühlacker. Foto: Enzkreis



Ein Mitarbeiter der Masasi-Verwaltung informiert die Bevölkerung über Solar-Home-Systeme. Das Bild entstand bei einem „Awareness Event“ im August 2018. Foto: Enzkreis

Erfahrung mit Partnerschaften in Europa hatte, erfolgreiche Entwicklungszusammenarbeit aussehen kann. Da in der Enzkreis-Verwaltung das Forum 21 mit der Lokalen Agenda von Anfang an in die Klimapartnerschaft involviert war, lag es nahe, die Zivilgesellschaft in Form einer Agenda-gruppe einzubinden. Ein Aufruf in der Presse fand große Resonanz, sodass bereits im Januar 2012 die AG Tansania als neue Arbeitsgruppe im Landratsamt Enzkreis etabliert werden konnte. Heute ist die Klimapartnerschaft mit der Arbeitsgruppe bei der Stabsstelle Klimaschutz und Kreisentwicklung angesiedelt.

Auf Anregung von Landrat *Karl Röckinger* a.D. wurde im Herbst 2012 außerdem der Partnerschaftsverein „Marafiki wa Masasi – Enzkreis-Masasi / Tansania e.V.“ gegründet, um auch zivilgesellschaftlich eigene Projekte umsetzen zu können. Insbesondere bei Benefizkonzerten ist es dem Partnerschaftsverein möglich, Mittel für Projekte in Masasi zu sammeln und regelmäßig öffentlich über die Arbeit der Klimapartnerschaft zu berichten. Die Spenden werden sowohl in eigenen Projekten (Förderung von Schulen, Ausbau des lokalen Distrikt-Hospitals) als auch als Drittmittel gemeinsam mit dem Enzkreis in kommunale Projekte (Bau von Solaranlagen) investiert.

Ziel von kommunalen Partnerschaften ist darüber hinaus natürlich auch ein reger Austausch zwischen den Verwaltungen. Seit der Pilotphase der Klimapartnerschaft fanden regelmäßig gegenseitige Besuche statt, deren Schwerpunkte auf dem persönlichen Kennenlernen, dem Erleben der anderen Kultur und auch der Abläufe in einer deutschen Kommunalverwaltung lagen. Als Basis der kommunalen Zusammenarbeit wurde, wie bereits erwähnt, ein gemeinsames Handlungsprogramm aus-

gearbeitet, das stets auf seine Aktualität geprüft und bei Bedarf auch nachjustiert wird. Als Kernpunkte lassen sich bisher definieren:

- Verstärkter Einsatz von erneuerbaren Energien in Form von Solarstrom- und Biogas-Anlagen,
- Unterstützung der medizinischen Versorgung im Mkomaindo Hospital in Masasi Stadt sowie in den Gesundheitsstationen (sog. Dispensaries und Health Centres) im Distrikt,
- Aus- und Fortbildung von technischem und medizinischem Personal,
- Förderung von Schulen bzw. Schulpartnerschaften,
- Erarbeitung eines ersten Abfallwirtschaftskonzeptes für Masasi Stadt im Rahmen eines „ASA Kommunal global“-Projektes (Austauschprogramm für Studenten).
- Errichtung eines Ausbildungszentrums für Gastgewerbe mit einer Lodge (in Planung),
- Zertifizierung des Enzkreises zum Fairtrade-Landkreis zur Unterstützung von Produkten aus dem Globalen Süden.

Gemeinsame Projekte

Zur Umsetzung der im Handlungsprogramm definierten Projekte werden seitens des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Fördermittel speziell für die kommunalen Partnerschaften zur Verfügung gestellt werden. Unter der Überschrift „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Partnerschaftsprojekte“ (kurz: Nakopa) konnte der Enzkreis gemeinsam mit den Verwaltungen von Masasi Distrikt und Stadt vier kleine

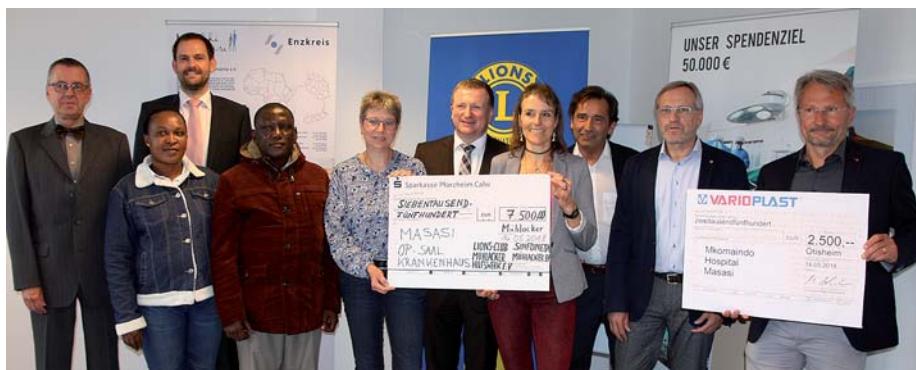
Biogas-Anlagen und zwei Solarstromanlagen beim Mkomaindo-Hospital errichten. Mit Rücksicht auf die meist nicht allzu üppige finanzielle Ausstattung kommunaler Partnerschaften werden die Projekte zu 90 % aus Mitteln des BMZ gefördert. Die 10 % Eigenmittel hat bei den ersten beiden Nakopa-Projekten der Enzkreis mit Unterstützung des Partnerschaftsvereins zur Verfügung gestellt. So konnte in Masasi das tansanische Unternehmen AB Biogas insgesamt drei Biogas-Anlagen mit einem Volumen von jeweils 13 m³ bzw. eine mit 50 m³ Volumen realisieren. Im Rahmen des Projektes wurden zudem acht Maurer ausgebildet.



Mitarbeiter der Fa. Ensol Ltd installieren Solarmodule auf dem Dach der Gesundheitsstation Kanyimbi in Masasi Stadt. Foto: TAREA

Als zweites Nakopa-Projekt konnte eine Solarstromanlage als Backup-System auf dem Dach des Mkomaindo-Hospitals installiert werden. Die Anlage ist mit einer Batterie ausgestattet und wird bei Stromausfall eingeschaltet. Da es täglich Stromausfälle gibt, ist die PV-Anlage regelmäßig im Einsatz. An das Solarsystem mit 4,2 kWp sind der OP-Saal, die Neugeborenen-Station und ein Aufwachraum angeschlossen. Das Projekt umfasste auch die Weiterbildung von 12 Technikern zu Solar-Technikern.

Die Abwicklung der Projekte wäre allerdings ohne den Consulting Partner „TAREA – Tanzania Renewable Energy Association“ aus Dar es Salaam nur sehr schwer möglich: Der zuständige Ingenieur übernimmt die Datenerfassung, Ausschreibung und Abnahme der installierten Solaranlagen. Diese wurden bisher von einem tan-



Spendenübergabe für den Bau eines neuen OP-Gebäudes am Mkomando Hospital an die Direktorin und den Chairman von Masasi Town im Beisein von Landrat Bastian Rosenau (3.v.l.) im Landratsamt Enzkreis im Mai 2018. Foto: Enzkreis

sanischen Unternehmen installiert, wobei die einzelnen Bauteile wie Solarmodule, Wechselrichter, Speicherbatterien und Laderegler aus dem Ausland importiert werden. Eine eigene Produktion von Solartechnik gibt es bisher nicht in Tansania.

Zum Ende des Jahres 2018 konnte darüber hinaus ein dreijähriges Projekt im Rahmen des Förderprogramms für kommunale Klimaschutz- und Klimaanpassungsprojekte (FKKP) des BMZ zum Abschluss gebracht werden. Es umfasste die Installation von Solarstromanlagen mit Batteriespeicher für 27 Gesundheitsstationen inklusive der Wohngebäude des medizinischen Personals sowie die Ausstattung von zwei neu gebauten Health Centres mit solaren Backup Systemen. Die Kapazitäten sind so ausgelegt, dass in den Gesundheitsstationen sowohl Licht in allen Räumen als auch Solarstrom für kleinere Analysegeräte zur Verfügung stehen. In den Wohnhäusern der Mitarbeiter gibt es nun auch Strom für Licht und z. B. Laptops, was den Lebensstandard für das Personal deutlich erhöht hat.

Klinikpartnerschaft

Parallel zur kommunalen Partnerschaft ist auch eine Klinikpartnerschaft zwischen den Enzkreiskliniken Mühlacker und dem Mkomando-Hospital entstanden. Diese wird bisher ausschließlich vom Partnerschaftsverein finanziell unterstützt. Bereits Ende 2012 reiste erstmals ein Facharzt aus dem Enzkreis ehrenamtlich zu einem zweiwöchigen Arbeitsaufenthalt nach Masasi, um in der Geburtsstation zu helfen.

Seit 2014 hat Dr. Erhard Kirschbaum, ehemaliger Chefarzt der Chirurgie an den Enzkreiskliniken Mühlacker und zweiter Vorsitzender des Partnerschaftsvereins, die Organisation der Klinikpartnerschaft übernommen. Gemeinsam mit der Klinikverwaltung und der Stadtverwaltung in Masasi wurde 2016 beschlossen, die hygienischen Bedingungen im OP-Saal wesentlich zu verbessern. Da das Gebäude wie ein Großteil des Krankenhauses aus dem Jahr 1952 stammt, soll mit einem Neubau des

OP-Gebäudes und anschließender Renovierung der bestehenden Bereiche eine Grundsanierung erreicht werden.

Um diese gewaltige Aufgabe zu stemmen, beantragte der Partnerschaftsverein bei der Initiative „Klinikpartnerschaften“ aus dem Förderprogramm „Gesundheitspartnerschaften global“ Mittel für die Schulung des zukünftigen OP-Personals. Im Jahr 2016 hat das BMZ die Initiative „Klinikpartnerschaften – Partner stärken Gesundheit“ gemeinsam mit der Else Kröner-Fresenius-Stiftung (EKFS) ins Leben gerufen. Der Antrag des Partnerschaftsvereins wurde im März 2018 bewilligt und läuft bis Frühjahr 2020. Während sich die Stadtverwaltung und der Partnerschaftsverein die Baukosten teilen, werden über das Projekt der Klinikpartnerschaften die Ausbildung des OP-Personals und kleinere medizinische Geräte finanziert. Die Schulungen vor Ort führen unter anderem Ärzte der Enzkreiskliniken durch.

Förderung von Kompensationsmaßnahmen durch den Enzkreis Klimafonds

Unter dem Dach der Klimapartnerschaft mit Masasi startete an der kreiseigenen Ferdinand-von-Steinbeis-Berufsschule in Mühlacker ein inklusives Projekt zum Bau von Solarkochern. In Arbeitsgruppen mit behinderten und nicht behinderten Schülern werden seitdem Solarkocher und kleine Solar-Home-Systeme gebaut. „Dabei lernen die Schüler alles über den Klimaschutz und die globalen Zusammenhänge und leisten ihren kleinen Beitrag dazu, etwas gegen den Klimawandel zu tun“, so ein Lehrer, der das Projekt betreut. Über die Einrichtung eines Klimafonds im Enzkreis, in dem ein Unternehmen nach Umstellung des Betriebsbrennstoffes freiwillig CO₂-Ausgleichszahlungen an den Enzkreis erstattet, können nun neben Masasi auch weitere Partnerschaften weltweit unterstützt werden, darunter vor allem zivilgesellschaftliche Partnerschaften in Burkina Faso, Kongo, Tansania, Kambodscha und auf den Philippinen. Neben Solarkochern

und Solar-Home-Systemen konnten so auch Mittel für den Bau von Solarstromanlagen auf Schulen und Waisenhäusern und zur Aufforstung zur Verfügung gestellt werden. Die Gruppen, Initiativen und Vereine sind in der Region ansässig. Diese Projekte müssen dem Grundgedanken der CO₂-Kompensation Rechnung tragen. Klassisch sind z. B. der Ersatz von Dieselgeneratoren durch Photovoltaik in der Stromerzeugung sowie der Ersatz von Kerosin durch Solarlampen und die Speicherung von CO₂ durch Aufforstungsmaßnahmen. Alle diese Projekte haben neben den ökologischen immer auch soziale und bewusstseinsbildende Effekte.

Ausblick

Dank moderner Kommunikationsmittel wie E-Mail und WhatsApp lässt sich die große Distanz zwischen dem Enzkreis und Masasi schnell und unkompliziert überbrücken. Unterschiede und natürlich auch Schwierigkeiten bestehen allerdings in den Verwaltungsabläufen und den kulturellen Gegebenheiten, sodass eine schnelle Kommunikation nicht unbedingt dazu führt, dass auch schnell gehandelt werden kann.

Die bisher begonnenen Projekte konnten noch nicht alle erfolgreich zum Abschluss gebracht werden. Im bundesweiten Vergleich kann die Klimapartnerschaft zwischen dem Enzkreis und dem Masasi Distrikt durchaus als vorbildlich bezeichnet werden. Das hat sich u. a. auch in der wiederholten Zertifizierung des Enzkreises mit dem European Energy Award in Gold niedergeschlagen. Auch die steigende Nachfrage bspw. bei Netzwerktreffen nach Vorträgen und Präsentationen über diese außergewöhnliche Form der Zusammenarbeit sprechen dafür.

Der Enzkreis trägt sich derzeit mit dem Gedanken, die Klimapartnerschaft in eine offizielle kommunale Partnerschaft zu überführen, nicht zuletzt, um damit auch den Anspruch und den Willen zu einer „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“ zu dokumentieren.

Weitere Projekte wie die Errichtung eines Gästehauses für Ausbildungszwecke oder eine engere Zusammenarbeit im Bereich Abfallwirtschaft sind vom Enzkreis und seinen tansanischen Partnern angedacht und so werden auch die künftigen Jahre für alle Akteure arbeitsreich.

Jedenfalls soll die Klimapartnerschaft auch in Zukunft ein wichtiges Puzzle-Teil im Rahmen der umfangreichen Agenda 2030-Aktivitäten des Enzkreises darstellen. □

Bastian Rosenau, Landrat, Enzkreis

Eine Schreinerwerkstatt in Adzopé

Charlos Ayé, selbst schon vor vielen Jahren in Deutschland eingewandert, stammt aus der Republik Côte D'Ivoire, Region Adzopé (Elfenbeinküste). Mit einigen Mitstreitern hat er vor einigen Jahren den Verein „Ein Dach für Afrika“ gegründet, um in seiner alten Heimat, wo noch immer ein Teil seiner Familie lebt, an der Entwicklung mitwirken zu können. Sein besonderes Anliegen ist es, der Jugend dort eine Perspektive auf ein besseres Leben zu ermöglichen. Nach dem Motto „klein anfangen“ wurde zuerst das Dach einer Grundschule erneuert (daher der Name). Inzwischen kooperiert der Verein mit einer Berufsschule. Schreineri, Bienenzucht, Aufforstungsprojekte, Gemüseanbau und vieles mehr wurden auf den Weg gebracht und ermöglichen Jugendlichen der Berufsschule eine berufliche Zukunft. Der Verein ist dadurch ein anerkannter Partner der Menschen der Region geworden. Schnell stellte sich allerdings heraus, dass allein mit Spendenmitteln die Möglichkeiten des Vereins begrenzt bleiben.

Von Sybille Haußmann, Kreis Düren

Zwei Gründe bewogen die Ausschussmitglieder, sich diesem Thema zuzuwenden: Der Kreis sah diese Maßnahme als einen Beitrag zur Bekämpfung von Fluchtursachen und die Erfahrungen sollten zur Unterstützung von Migrantenorganisationen, die sich ebenfalls für ihre Herkunftsländer engagieren wollen, weitergegeben werden.

Im Februar 2018 reiste eine kleine Delegation in die Republik Côte D'Ivoire, um sich ein Bild von den Aktivitäten vor Ort zu machen. Projektmittel aus dem Kleinprojektfonds des Bundes waren hier äußerst hilfreich. Die Tatsache, dass der Verein erstmalig von „offiziellen“ Vertretern des Kreises Düren begleitet wurde und zwischenzeitlich der Bau der Schreinerwerkstatt begonnen hatte, verschaffte dem Besuch große Aufmerksamkeit. Ein Richtfest für die Schreinerwerkstatt wurde mit Hunderten Gästen gefeiert und selbst der deutsche Botschafter nahm sich Zeit, die Projekte des Vereins kennenzulernen. Die Idee, eine Partnerschaft zwischen der Region LaMé und dem Kreis Düren einzurichten, trat die Rückreise nach Deutschland an.

Afrika ist ein sich rasant entwickelnder Kontinent. Eine Zusammenarbeit in gegenseitigem Respekt und die Bereitschaft, voneinander zu lernen, bieten sowohl der Region LaMé als auch für den Kreis Düren große Chancen. Das Interesse bspw. an Umwelttechnologie, solidem Handwerk und Wissenstransfer in vielen Bereichen ist riesig. Die Aufmerksamkeit von maßgeblichen Entscheidungsträgern in der Re-

gion wurde durch das Engagement des Kreises Düren geweckt. Daraus ergibt sich die Chance, nicht nur durch entwicklungspolitische Projekte, sondern auch im Bereich der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Partnern der Region in einen fruchtbaren Austausch zu kommen.

Im Sinne einer Bildung für nachhaltige Entwicklung können Bildungseinrichtungen im Kreis Düren und in der Region LaMé konkrete Erfahrungen machen und in einen direkten Austausch kommen. Nicht zuletzt sind die Entscheidungsträger in der Region sehr interessiert an Erfahrungen im Bereich der dualen Ausbildung und moderner Unterrichtsmethodik, hier ist der Austausch mit Berufskollegs im Kreis Düren möglich.

Nach nur einem Jahr gemeinsamer Erfahrung zeichnen sich schon jetzt Parameter ab, die als gutes Beispiel auch für andere Projekte dienen können:

- Es hat sich gezeigt, dass die Entwicklungsvorhaben vor Ort besonders effektiv und erfolgreich umgesetzt werden können, wenn eine hohe Präsenz gewährleistet ist. – In diesem Beispiel begleiten die Ehrenamtlichen des Vereins fast das ganze Jahr über mit mindestens einem Vertreter den Projektfortschritt. Ein Einsatz, der durch kommunale Vertreter nicht gewährleistet werden könnte.
- Viele Hürden wie Genehmigungen, Verträge, Flächen, zuverlässige Mitarbeiter und eine nachhaltige Verankerung der Maßnahmen können nur genommen werden, wenn die Projekte auch von Entscheidungsträgern unterstützt werden. – Das gilt sowohl für die Zielregion als auch für die Verwaltung in Deutschland.
- Ein „Wanderer zwischen den Welten“ kann mit seinem Wissen um die Eigenheiten der Menschen beider Länder und Regionen, ihre Stärken und Schwächen, ihre kulturellen Besonderheiten und Empfindlichkeiten viele Fehler vermeiden helfen und zu gegenseitigem Verständnis beitragen.
- Die Republik Côte D'Ivoire ist näher als man denkt. Flüge dauern sechs bis sieben Stunden in der gleichen Zeitzone, die Kosten sind überschaubar. Französisch als Landessprache und Englisch als Umgangssprache mit vielen Partnern macht gegenseitige Begegnung und persönlichen Austausch möglich.
- Die Fördermöglichkeiten durch „Engagement Global“ und ihre „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ bieten nicht nur finanzielle Ressourcen, son-

2017 kam der Verein mit der Bitte um Unterstützung auf den Kreis Düren zu. Der Integrations- und Migrationsausschuss des Kreises förderte das erste gemeinsame Projekt. Ein Projektantrag wurde über die „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“ seitens des Kreises Düren gestellt. Mit einem kleinen Eigenanteil von 5.000 € und Spendenmitteln von weiteren 5.000 € konnten 30.000 € Fördermittel für den Bau einer Werkstatt für die Schreiner-ausbildung in Adzopé akquiriert werden.

Agenda 2030 in lokalem Dialekt vermittelt

Die 17 Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen reichen von Armutsbekämpfung bis zur Stärkung von globalen Partnerschaften – bekannt sind sie den meisten Bürgern nicht. Um dies zu ändern und einen lokalen Bezug herzustellen, haben Kommunen nun begonnen, die Nachhaltigkeitsziele in den jeweiligen Dialekt zu übersetzen und gemeinsam mit entsprechenden Bildern auf Bierdeckel zu drucken. Der Landkreis Lindau (Bodensee) ist dabei Vorreiter unter den Landkreisen mit seiner allgäuischen Variante: Unter dem angezapften Bodensee liest man bspw. „S'Wasser und s'Leibele müssed süber si“, wobei es um sauberes Wasser und Sanitäreinrichtungen geht (Ziel 6). „Ob Viecher, Bliemle oder Bämm, mir brüchets“ – für den Erhalt von Biodiversität und Ökosystemen steht das Allgäuer Braunvieh. Die Bürger sollen so angeregt werden, die Nachhaltigkeitsziele auf die eigene Lebenssituation herunterzubrechen, sich über sie zu informieren und auszutauschen. Im Landkreis Lindau (Bodensee) werden die Bierdeckel über die lokalen Brauereien gestreut. Ein Begleitflyer soll die Gastronomen über den Hintergrund der Aktion aufklären und sie in die Lage versetzen, neugierig gewordene Kundschaft über den Sinn der Bierdeckel zu informieren. Neben dem Landkreis Lindau (Bodensee) haben auch die Städte Köln und Berlin Varianten der 17 Nachhaltigkeitsziele im jeweils eigenen Dialekt herausgegeben. Getragen wird die Aktion von Engagement Global gGmbH.

dem auch Beratung, Fortbildung und Vernetzung und machen „Anfängern“ wie dem Kreis Düren ein kommunales Engagement erst möglich.

Bisher gelingt die Zusammenarbeit nur durch das hohe persönliche Engagement sowohl der Ehrenamtlichen als auch der Mitarbeiter in der Kreisverwaltung. Sie haben bisher diese Aufgabe zusätzlich zu ihren bisherigen Pflichten auf sich genommen. Es bleibt also bis jetzt bei der beispielhaften Umsetzung verhältnismäßig kleiner Projekte. Der Erfahrungstransfer auch für andere Vereine im Kreis Düren ist in Zusammenarbeit mit der Integrationsagentur der Evangelischen Gemeinde zu Düren auf den Weg gebracht, kann bisher aber nicht intensiviert werden. Die Zusammenarbeit mit Schulen, insbesondere mit dem Ziel eines veränderten Blickes auf den Globalen Süden, steht erst am Anfang. Auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit kann nur in dem Maße wachsen, wie personelle Ressourcen zur Verfügung stehen.

Damit der Kreis Düren die begonnene Entwicklungszusammenarbeit weiterentwickeln und einen nachhaltigen Beitrag

zur Entwicklungszusammenarbeit leisten kann, wurde ein Antrag auf Förderung einer Koordinatorenstelle gestellt. Damit sollen

- eine strategische Partnerschaft mit der Region LaMé, Republik Côte D'Ivoire, aufgebaut,
- Führungskräfte in der Kreisverwaltung Düren für die Potenziale der Entwicklungszusammenarbeit begeistert,
- ein Berater-Pool für Fragen der Nachhaltigkeit und der Entwicklungszusammenarbeit im Kreis Düren aufgebaut und
- ein Netzwerk zwischen Migrantenorganisationen, Eine-Welt-Gruppen, Unternehmen, NGOs und kreisangehörigen Kommunen zum Wissenstransfer geknüpft werden.

Die ersten Erfahrungen des Kreises Düren zeigen, dass Entwicklungszusammenarbeit auf kommunaler Ebene hoch effektiv sein kann. Das Zusammenspiel von bürgerschaftlichem Engagement, migrationspezifischem Know-how, persönlicher Be-

gung und verwaltungsfachlicher Expertise ist eine unschlagbare Mischung, die es weiter auszugestalten und zu fördern gilt. Darüber hinaus werden die eingesetzten Mittel durch das ehrenamtliche Engagement vervielfacht. Die Begrenzung der Förderung für Koordinatorenstellen, wie in diesem Jahr geschehen, ist daher das falsche Signal. Stattdessen sollten die hier eingesetzten Mittel weiter erhöht werden.

Die Stärken kommunalen Projektmanagements mit dichter Erfolgskontrolle, hoher Flexibilität und Professionalität machen diese Form der Entwicklungszusammenarbeit zu einem Erfolgsmodell, an dem der Kreis Düren auch weiterhin seinen Beitrag leisten möchte. Denn es kann nur im Interesse der kommunalen Familie sein, auch ihrerseits einen Beitrag zu mehr Verteilungsgerechtigkeit und damit zur Fluchtursachenbekämpfung zu leisten. □

Sybille Haußmann, Leiterin des Amtes für Schule, Bildung und Integration, Kreis Düren

Argentinien wirbt um kommunale Partner – Diplomatie von heute soll föderal sein

Als Gastgebernation des G20-Gipfels stand Argentinien im vergangenen Jahr im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit. Die Präsidenten und Staatschefs der Industrienationen und ihre Delegationen waren für zwei Tage in Buenos Aires zu Gast und zeigten sich begeistert von der Herzlichkeit und der kulturellen Vielfalt des Landes. Zum Auftakt des Gipfels warb der argentinische Präsident *Mauricio Macri* eindringlich für mehr internationale Kooperation.

Kontakte zu mehr als 50 Kommunen

Die Zusammenarbeit auf der Regierungsebene geht Hand in Hand mit der Kooperation auf kommunaler Ebene, eine Aufgabe, die das Herzensanliegen des argentinischen Botschafters in Deutschland ist. Schon seit seiner Ankunft im Jahr 2016 als Generalkonsul in Frankfurt am Main und seit März 2018 als Botschafter in Berlin arbeiten *Edgardo Malaroda* und sein Team aktiv daran, die Beziehungen zwischen Argentinien und Deutschland auf kommunaler Ebene zu vertiefen, indem sie den Kontakt mit mehr als 50 Kommunen in allen Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland aufgenommen haben.

Als Sohn einer ostpreußischen Mutter und mit einer Primar- und Sekundarbildung an

Von Federico Petrecca, Berlin

deutschen Schulen in Argentinien kennt *Malaroda* die deutsche Kultur und Sprache – ein großer Vorteil, denn so kommuniziert er fließend auf Deutsch während seiner Tätigkeit als Brückenbauer zwischen beiden Ländern.

Kontaktdaten:

Botschaft der Argentinischen Republik, Abteilung Internationale Kooperation, Kleiststraße 23-26, 10787 Berlin

Ansprechpartnerinnen: Noelia Arizaga, Silvia Kroyer, Sophia Wittmann. Telefon: 030 22 66 89 – 31 (Dr. Silvia Kroyer) / – 52 (Sophia Wittmann), E-Mail: cooperacion_ealem@mrecic.gov.ar

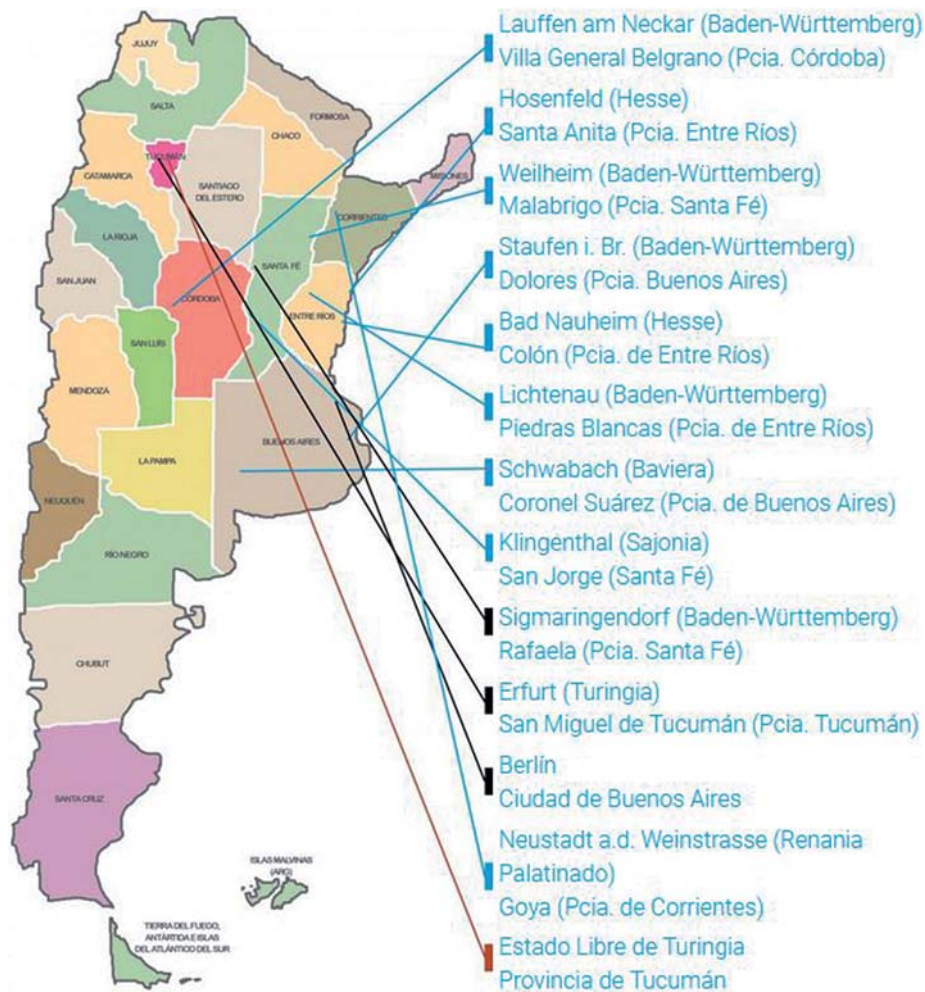
Die Rahmenbedingungen dafür sind günstig: Argentinien und Deutschland pflegen beste diplomatische Beziehungen. Der Staatsbesuch von Bundeskanzlerin *Angela Merkel* im Jahr 2016 und der Gegenbesuch des argentinischen Präsidenten *Mauricio Macri* ein Jahr darauf haben gezeigt, dass Deutschland und Argentinien gemeinsame Ideen und Visionen für die wirtschaftliche Entwicklung haben. Zahlreiche Argentinier haben deutsche Vorfahren, die deutsche

Kultur genießt in Argentinien hohes Ansehen. Auch im Rahmen des G20-Gipfels in Buenos Aires haben die Regierungschefs *Merkel* und *Macri* im Dezember 2018 die Bedeutung der Zusammenarbeit beider Länder erneut bekräftigt.

Botschafter *Malaroda* konnte während seiner Zeit in der argentinischen Botschaft in Frankreich mehr als 40 Partnerschaften mit französischen Kommunen knüpfen. „Es ist von grundlegender Bedeutung, die Gemeinsamkeiten zu finden, die die Städte haben, und dann gemeinsam zu arbeiten. Mit dem Hintergrund meiner Berufserfahrung beobachte ich, dass es einfach und sehr effektiv ist, die Beziehungen zwischen den Kommunen mit Freundschaftserklärungen zu etablieren. Das sind die ersten Ansatzpunkte, um Beziehungen zwischen zwei Kommunen aufzubauen. Danach kann man sich in Richtung Städtepartnerschaft bewegen.“

Wie so eine Entwicklung konkret verlaufen kann, zeigen erfreuliche Beispiele der Vergangenheit: Im Oktober 2018 reiste eine Delegation junger deutscher Musiker aus Staufen im Breisgau (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald) nach Dolores in der Provinz Buenos Aires, mit der seit 2017 eine Freundschaftsvereinbarung besteht. Im Mai letzten Jahres unternahm der Oberbürgermeister von Hosenfeld (Landkreis

Abb.: Karte von Argentinien – 13 Partnerschaften mit deutschen Städten und Bundesländern, strategische Allianz (orange), Städtepartnerschaften (schwarz) und Freundschaftsabkommen (blau)“



Quelle: Botschaft der Argentinischen Republik

Fulda) eine erfolgreiche Reise in die Stadt Santa Anita in der argentinischen Provinz Entre Ríos, mit der schon eine Freundschaftsvereinbarung besteht. Der Bürgermeister von Santa Anita wiederum besuchte im Oktober letzten Jahres Hosenfeld.

Gemeinsame Aufgaben und Projekte

Die gemeinsamen Aufgaben und Projekte kommunaler Partnerschaften decken ein breites Spektrum ab. Zum Beispiel werden Zusammenkünfte zwischen Experten organisiert, um die Erhaltung des kulturellen, künstlerischen und architektonischen Erbes zu unterstützen. Auch werden neue Ideen der Tourismusförderung ausgearbeitet. Weitere Themen sind Schüleraustausch, Berufsausbildung, Recycling, Wasserhygiene und Flussmanagement sowie Technologietransfer. Schließlich wird die gesamte Prioritätenliste einer Stadt im Rahmen des Austauschs und der Entwicklung auf die Freundschafts- und Partnerschaftsagenda übertragen.

Die gemeinsame Kultur kann auch eine Brücke zu gemeinsamen Wirtschaftsfeldern schlagen wie zwischen den Gemein-

den San Jorge und Klingenthal (Vogtlandkreis). Beide arbeiten zusammen an der Förderung ihres musikalischen Erbes und haben einen Schwerpunkt auf die Ausbildung für den Bau von Akkordeons gelegt. Beide Gemeinden sind regelmäßig Gastgeber von wichtigen Akkordeonfesten und teilen nicht nur ihre Liebe zur Musik, sondern auch ihr Wissen in den Bereichen der Anfertigung und Reparatur der Instrumente.

Darüber hinaus haben Argentinien und Deutschland 2016 ein „Work-and-Travel-Abkommen“ unterzeichnet, das es jungen Menschen bis zum 30. Lebensjahr ermöglicht, in Argentinien und Deutschland bis zu einem Jahr zu leben, zu reisen und zu arbeiten. Dieses Werkzeug erleichtert es deutlich zu reisen und somit Lebenserfahrungen zu sammeln. Spanisch ist heutzutage die dritt wichtigste Fremdsprache in Deutschland und junge Deutsche, die ein Jahr in Argentinien verbracht haben, beherrschen danach die Sprache oft fließend. Die Arbeitserfahrungen, die die jungen Menschen in Argentinien machen, eröffnen ihnen neue Perspektiven für ihr ganzes Leben.

Kommunale Partnerschaftskonferenz

Ende Oktober 2018 wurde Botschafter *Malaroda* für seine Expertise von der Servicestelle für Entwicklungsinitiativen „Engagement Global“ eingeladen, an der „2. Kommunalen Partnerschaftskonferenz zu der Region Lateinamerika und Karibik“ als Hauptredner teilzunehmen. Die Konferenz in Nürnberg weckte das Interesse von 130 Teilnehmern aus ganz Lateinamerika und wurde mithilfe der finanziellen Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) realisiert.

Im Mittelpunkt des Treffens stand der gegenseitige Erfahrungsaustausch zwischen den Akteuren. Es konnte von vielen Erfolgsgeschichten bei der Kooperationsarbeit berichtet werden. In zahlreichen Workshops zum Förderangebot „Nachhaltige Kommunalentwicklung durch Kooperationsprojekte“ (Nakopa) hatten die Teilnehmer die Möglichkeit, konkrete Projektideen auszutauschen und mit erfahrenen Vertretern von Kommunen zu diskutieren.

In seiner Rede zeigte sich Botschafter *Malaroda* davon überzeugt, dass die heutige Diplomatie föderal und auf kommunaler Ebene ablaufen muss, denn „die Entwicklung kann nur dann weiter vorangebracht werden, wenn wir bei der Umsetzung unserer grundlegenden politischen Ziele auch die Bedürfnisse und Interessen aller Kommunen unserer beiden Länder berücksichtigen.“

Für *Malaroda* ist die kommunale Entwicklungszusammenarbeit besonders wichtig, weil diese es erlaubt, echte Verbindungen nachhaltig und im großen Maßstab zu knüpfen. „Der Dialog, der zwischen zwei Kommunen entsteht, hält oftmals stärker zusammen als alle politischen Verbindungen einzelner Personen und wird somit zu einem festen Wert für die gesamte Region“, ist *Malaroda* überzeugt.

Partnerschaft mit Thüringen

Heute können Argentinien und Deutschland auf neun Freundschaftsabkommen, drei Städtepartnerschaften und eine strategische Partnerschaft, die vor kurzem zwischen dem Bundesland Thüringen und der Provinz Tucumán geschlossen wurde, blicken.

Diese jüngste Partnerschaft wurde während der Reise des Wirtschaftsministers *Wolfgang Tiefensee* (Thüringen) nach Argentinien im Oktober letzten Jahres unterzeichnet. An der Reise nahmen mehr als 20 deutsche Unternehmen und zehn Rektoren von Universitäten und wissenschaftlichen Einrichtungen aus Thüringen teil.



Wirtschaftsminister Wolfgang Tiefensee und Botschafter Edgardo Malaroda in Erfurt. Foto: Argentinische Botschaft

Die gemeinsame Erklärung zwischen Thüringen und Tucumán zielt darauf ab, die Beziehungen zwischen beiden Partnern in den Bereichen Wirtschaft, Wissenschaft, Kultur und öffentlicher Verwaltung zu fördern und auszubauen. Darüber hinaus wurden vier Kooperationsvereinbarungen zwischen Hochschulen beider Seiten unterzeichnet. Sie sehen insbesondere einen regelmäßigen Studenten- und Dozentenaustausch sowie gemeinsame Forschungsprojekte vor.

Argentinien hat höchstes Interesse daran, solche Partnerschaften zum gegenseitigen Vorteil und Nutzen unserer beiden Nationen auch mit weiteren Städten, Landkreisen und Gemeinden voranzutreiben. Ganz ähnlich wie Deutschland, ist Argentinien ein Land, das ganz unterschiedliche Vorzüge und Schönheiten in sich vereint.



Botschafter Edgardo Malaroda trat im Rahmen der „2. Kommunalen Partnerschaftskonferenz zu der Region Lateinamerika und Karibik“ als Hauptredner auf. Foto: Martin Magunia

Unser Land hat die vielfältigsten Landschaften. Angefangen bei der wunderschönen Pampa mit ihren bunten Hügeln im Norden und ihrer Weinproduktion über Städte in der Nähe der majestätischen Anden bis zur Magie des Dschungels in der Provinz Misiones, wo viele deutsche Gemeinden angesiedelt sind, oder die patagonische Küste mit ihrem unübertrefflichen Potenzial für Windenergie. Argentinien ist ein Land mit enormen Möglichkeiten und natürlichen Ressourcen. Und natürlich bieten die großen Städte wie Buenos Aires, Córdoba und Rosario einiges an Kultur, Architektur und Unterhaltung.

Um es auf den Punkt zu bringen: „Die globalisierte Welt ist die Welt der Kommunen. Wenn diese Brücken gelegt werden und die Beziehungen zwischen den Kommunen konsolidiert werden, fühlen wir uns als Diplomaten in unserer Aufgabe bestätigt“, bekräftigt *Malaroda*.

In einigen Fällen haben uns Bürgermeister aus Argentinien aufgrund der Einwanderungsgeschichte oder wegen Themen gemeinsamen Interesses gebeten, eine Verbindung zu bestimmten Kommunen herzustellen, und wir konnten dies tun. „Die Kombination aus Wissen, deutscher Technologie und Abenteuergeist, den ich bei den jungen Leuten sehe, die zu Besuch kommen, gibt mir die Gewissheit, dass diese ausschließlich positiven Initiativen eine große Zukunft haben. Ich wünsche mir, dass ich während meiner Zeit als Botschafter die Unterzeichnung von hundert Freundschaftsabkommen erreichen kann. Es ist kein fernes Ziel, sondern ein täglicher Job. Packen wir ihn gemeinsam an.“ ■

Federico Petrecca, Botschaft der Argentinischen Republik, Abteilung Internationale Kooperation, Berlin



Der Berg der Sieben Farben (Cerro de los Siete Colores) in Purmamarca, im Norden Argentiniens (Provinz von Jujuy). Foto: Argentinische Botschaft